

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 11. Juli 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis: Prämienanhangs
Blechjahr 1.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
Einzeln Nummer 5 Pf. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
abonnements: 1.10 Mark pro Monat.
Eingetragen in die Post-Berlin-
Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich - Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat. Postabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erhältlich überall außer Postamt.

Die Inserions-Gebühr
beträgt für die sechsstelligen Anzeigen
jeite ober deren Raum 60 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf.,
„Kleine Anzeigen“, das erste (frei-
gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schick-
lichen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Inserate für die nächste Nummer müssen
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Zeppelin.

Der Erfolg Zeppelins hat mit einem Schlage die ganze Welt in Aufregung und Enthusiasmus versetzt. Man vergißt in dem begeisterten Rausche über den neuen gewaltigen Triumph des Menschengeistes ganz die Tatsache, daß das lenkbare Luftschiff des Grafen Zeppelin nicht ein Kulturwerkzeug, sondern ein Kriegsinstrument ist, eine Art Luftkrieger. Man vergißt, daß die Verwirklichung des Luftmeeres, die durch Zeppelin, wenn auch noch primitiv, so doch wenigstens in einem künftigen gewaltigen Erfolg verbürgenden Maße gelungen ist, daß die künftige Luftflotte, deren erstes Fahrzeug das Zeppelinsche Luftschiff darstellt, nicht Friedens-, Verkehrs- oder Fortschrittszwecken dient, sondern militärischen Aufgaben!

Und doch ist der Jubel der großen Masse nur zu verständlich. Seit je beneideten die Menschen den Vogel wegen der spielenden Beherrschung des unbegrenzten Reiches der Lüfte. Der moderne Mensch, der sich alle Naturkräfte dienstbar gemacht hat, dessen Riesenschiffe mit Sitzgeschwindigkeit das Meer durchpflügen, der meilenlange Schächte durch die Gebirge gestochen, um einen Schienenstrang an den anderen zu knüpfen, der mit der geheimnisvollen Kraft der Elektrizität in Sekundenschnelle das chiffrierte Wort über Ozeane hinweg tausende von Meilen weit sendet, dieser Allbewältiger der Natur erschien hilflos an die Erdoberfläche gebannt, statt auf dem geradesten Wege durch die Lüfte die Entfernungen durchzufliegen zu können. Denn der unlenkbare Luftballon war ja nur ein Mittel, sich vom Erdboden zu erheben. Einmal im freien Raume schwebend, war er ein Spiel der Winde, deren Strömungen ihn launisch vor sich her trieben. Erst die Erfindung des lenkbaren Ballons gibt dem Menschen die Möglichkeit, Weg und Ziel der Fahrt zu bestimmen. Allerdings ist das lenkbare Luftschiff noch immer ein ungefügiger, schwer zu dirigierender Koloss. So brillant auch der Zeppelinsche Niesenballon manövriert haben soll, so viel ist klar, daß er den Kampf gegen starke Luftströmungen, gegen heftigen Wind oder gar gegen Sturm nicht aufzunehmen vermag. Vielmehr scheinen die Recht zu haben, die die Lösung des Flugproblems nicht den lenkbaren Ballons, sondern den eigentlichen Flugmaschinen zuweisen, die ohne Ballon durch Luftschrauben, Flügel und Segelflächen gerade den Widerstand der Luft zum Fluge auszugleichen vermögen. Doch scheint die Lösung dieses Problems, namentlich sofern die gefahrlose Möglichkeit des Sichefliegens zu größerer Höhe in Frage kommt, noch in ziemlicher Ferne zu liegen.

Bei alledem ist die Erfindung Zeppelins ein Triumph des Menschengeistes. Und nur das eine muß Verwunderung erregen, daß die Menschheit unseres Maschinenalters diesen Triumph so spät erlebte! Aber gerade das Schicksal Zeppelins zeigt uns, weshalb wir solange auf das lenkbare Luftschiff warten mußten. Zeppelin soll ja, wie die Zeitungen melden, einen minder glücklichen Vorgänger gehabt haben, der die Prinzipien seines starren Systems bereits für ein lenkbare Luftschiff nutzbar machen wollte. Aber dieser Vorgänger erlebte nicht den Sieg seiner Erfindung, weil es ihm an materiellen Mitteln zur Realisierung seiner Ideen fehlte. Graf Zeppelin war in der glücklichen Lage, über ein sehr bedeutendes Vermögen verfügen zu können, das er mit dem Wagemut des seiner Sache sichereren Erfinders an die Ausführung seiner Ideen setzte. Nach manchem Fehlschlag gelang es ihm endlich, den Beweis für die Nichtigkeit seines Systems zu erbringen und jene beträchtlichen Mittel flüssig zu machen, die ihm den Bau seines neuen großen Luftschiffes ermöglichten. Wäre Zeppelin kein reicher Mann gewesen, so wäre auch dieser Fortschritt der Aeronautik noch nicht erreicht! Und ständen nicht militärische Interessen auf dem Spiel, so würde Zeppelin schwerlich jene Förderung erfahren haben, die ihm die Konstruktion seines zweiten kostspieligen Luftfahrzeuges möglich machte.

Eine geradezu ungeheuerliche Tatsache eigentlich ist es, daß man für ein Problem, das die ganze Kulturmenschen auf lebhafteste interessieren sollte, bis jetzt so relativ unendlich geringfügige Mittel zur Verfügung gestellt hat. Ein paar mehr oder minder gut situierte Erfinder und Sportsleute, eine Handvoll kapitalistischer Götter — das ist alles, was sich bisher für die Luftschiffahrt und das Flugproblem interessiert hat. Man vergleiche damit die ungeheuerlichen Summen, die alljährlich die sogenannten Kulturstaaten für den Militarismus ausgeben. Die Kosten dafür belaufen sich auf Milliarden! Und unzählige Milliarden sind verpulvert worden für eine Kolonialpolitik, von der nur eine winzige Zahl von Interessenten einen Vorteil zieht. Aber so lohnend auch die Aufgabe war, den Menschen endlich zum Beherrscher des Luftmeeres zu machen, so wenig reizte dieses Problem unseren Kapitalismus, solange das Problem eben nur ein kulturelles war, nicht aber auch Profit versprach oder unserem Militarismus neue Wachtmittel in die Hand zu geben schien. Erst als der Militarismus sich für den Bau von Luftkreuzerflotten zu interessieren begann, fanden die privaten Versuche materielle staatliche Unterstützung!

Nun hat man den Grafen Zeppelin zum Ehrenbürger gleich mehrerer Städte gemacht. Nun ist ihm gleich an massen von einer Reihe von Universitäten der Titel eines Ehren-

doktors verliehen worden. Nun jubelt ihm alles zu, als ob seine Erfindung eine neue Ära der Menschheitsentwicklung einleitete. Der Jubel ist, wie wir ausführten, psychologisch ja nur zu begreiflich, aber leider viel zu verfrüht! Denn der Kapitalismus und sein Lieblingskind, der Militarismus, werden schon dafür sorgen, daß die Luftschiffahrt nicht in den Dienst der Kultur, sondern in den des massenmörderischen, kulturzerstörenden Militarismus gestellt wird. Man wird sogar alles anbieten, um die Ausbeutung der Erfindung für andere als militärische Zwecke möglichst zu verhindern. Denn das freie Vagieren durch die Lüfte, wo man ja keine Schutzleute zu Fuß und zu Pferde postieren kann, müßte ja unserem Polizei- und Militärstaat geradezu als die Lösung aller Wunde frommer Untertanenscheu erscheinen.

Schon die Entwicklung des Automobilsimus beweist ja, wie wenig eine an sich glorreiche Erfindung der Masse des Volkes zugute kommt. Von den Motoromnibussen und Motordroschken der Großstädte abgesehen, dient der Automobilsimus heute noch fast ausschließlich dem Sport der Reichen, die ebensoviel Ueberfluß an freier Zeit haben wie die fröndende Masse Mangel daran. Das Automobil ist gewiß ein wunderbares Verkehrsmittel. Statt dem Schienenstrange folgen zu müssen, kann der sich seiner bedienende Tourist und Reisende seinen Weg durch die landschaftlich reizvollsten Gegenden nehmen, kann halten, wo er will, kann alle Annehmlichkeiten dieser neuen Touristik nach Herzenslust auskosten. Aber was hat die große Masse des Volkes von dem Automobilsimus? Nichts als den Staub und den Benzingeruch, den die häufig im tollwütigen Tempo vorbeischießenden oberen Zehntausende den auf Schusters Rappen wandernden Nichtbesitzenden zurücklassen!

Noch weniger wird die Erfindung Zeppelins und seiner Nachfolger dem Volke selbst zugute kommen, solange das kapitalistische System die Herrschaft behauptet! Sie wird ein Mittel des Militarismus sein, sie wird bestenfalls ein Sport für die oberen Zehntausende werden! Das arbeitende Volk wird aber nach wie vor die Vögel um ihre Schwingen beneiden können.

Eine Säule der Seeberufsgenossenschaft.

In Sachen des bekannten Schiffbrockers Schiff-Eisfletch, der in der Seeberufsgenossenschaft an leitender Stelle saß, veröffentlicht der „Seeemann“, das Organ des Zentralverbandes der Seeleute, einen Brief des Reeders Karl Winters, der auf den bekannten Brief des Schiff von neuem ein bezeichnendes Licht wirft.

Der Brief des Reeders Winters ist in Gestalt eines Zirkulars im Juni d. J. verbreitet worden. In diesem Zirkular gibt Herr Winters eine Darstellung des Falles Schiff, den er ja auch bereits im Jahre 1892 bekanntgegeben hatte. Herr Winters erklärt, daß er damals nur durch die Notwehr gezwungen worden wäre, den berüchtigten Brief des Schiff zu veröffentlichen. Herr Winters schreibt:

„Aus reiner Notwehr entschloß ich mich nun, den Leidenpassus in dem Schiffischen Briefe, der mir einige Monate früher eingehändigt war, zu veröffentlichen. Ich erwähne dazu noch, daß eines Tages ein früherer Kapitän des Herrn Schiff zu mir kam und erklärte, daß er und sein alter Schwiegervater auf das empfindlichste von Schiff verletzt seien; er übergab mir den sogenannten Leidenbrief mit dem Bemerken: Machen Sie damit, was Sie wollen. Dieser Kapitän, der Empfänger des Briefes, war, wie er mir sagte, von Schiff beschuldigt, bei der Regulierung einer größeren Schiffsreparatur nicht das Interesse der Reederei im Auge gehabt zu haben. Sein alter Schwiegervater, auch ein früherer Kapitän Schiffs, hatte einen einzigen Sohn als Kapitän des Herrn Schiff bei der Ankunft in Süd-Australien durch Ertrinken verloren. Die Leiche wurde geborgen, beerdigt und auf Veranlassung anwesender Kapitäne das Grab mit einem Denkstein geschmückt. Nicht allein über die Höhe der hierdurch entstandenen Kosten soll Herr Schiff dem alten Vater (er hat es mir selbst geklagt) Vorwürfe gemacht haben, sondern er soll ihm auch Vorhalt gemacht haben darüber, daß der Rachschiff seines Sohnes ganz außer Verhältnis zu dessen Einnahmen stände.“

Der alte Vater war über die Vorwürfe außer sich und weilte wochenlang zur Erholung außerhalb Eisfletchs.

Am 2. August 1892 (der Streit begann bereits zirka 8 Monate früher, im November 1891) sandte ich an die Annoncen-Expedition von E. Schlotte u. Co. in Bremen die folgende Anfrage:

„Ich bin mit der Würde des Amtes eines Mitgliedes des Vorstandes der See-Berufsgenossenschaft, des Kaiserl. Reichsversicherungsamtes und eines Schiedsrichters verträglich, daß daselbe in seiner Eigenschaft als Korrespondent-Reeder über den Verlust von Schiffen folgendes an einen seiner Kapitäne schreibt:

„Hugo“ und „Rebecca“ total verloren und freue mich, die Affekturanzgelder eingekassiert zu haben; leider ist bei beiden Schiffen die Mannschaft gerettet. Der „Hugo“ ging in der Südpazifik, die „Rebecca“ bei Savanilla verloren.“

Außer dem eben erwähnten Leidenpassus findet sich in demselben Briefe noch folgender Satz:

„Meine Herren! Hieran kann ich gar nicht so ganz, als Reeder von so vielen Schiffen hättet man ab und erschräkt nicht so leicht!“

Er schließt dann mit:

„Doffend, bald auch mal erfreuliche Nachricht von Ihnen zu erhalten.“

Meine Herren! Hiernach kann ich nur annehmen und viele Millionen tun es mit mir, daß Herr Schiff den Leidenpassus so

gemeint hat, wie er ihn niedergeschrieben hat. Der Brief ist von Schiff eigenhändig Wort für Wort geschrieben; das „total verloren“ ist von ihm bis unterstrichen.

Meine Herren! Wir beraten Unfallverhütungsvorschriften; Herr Schiff, ein Vorstandsmitglied der See-Berufsgenossenschaft, schreibt den Leidenbrief — und gar an einen Kapitän, der den Gefahren der See trocken mühte, der sein Schiff und sein Leben mitfamt der Mannschaft verlieren konnte.

Erwähnenswert ist aus dem Zirkular des Herrn Winters noch die Mitteilung, daß er an der diesjährigen Festtafel der Seeberufsgenossenschaft gegenüber früheren Anfeindungen den Versuch gemacht hatte, den Fall Schiff aufzuklären, daß er aber dabei durch lautes Rufen und Singen unterbrochen wurde. Herr Winters gibt deshalb die Aufklärung jetzt um so ausführlicher durch sein Zirkular.

Die Ausführungen Winters sprechen für sich selbst. Daß der Reeder Schiff auch nach der Veröffentlichung seines Briefes im Jahre 1892 noch Mitglied der Seeberufsgenossenschaft bleiben konnte, gibt der Sache nur ein um so interessanteres Relief!

Flottenpolitik und auswärtige Lage.

Seit längerer Zeit herrschen zwischen Lord Charles Beresford, dem Oberbefehlshaber der englischen Kanalslotte, und den englischen Marinebehörden gespannte Beziehungen, die in der letzten Zeit auch zu Anträgen im Parlament geführt haben. Man nimmt an, daß Lord Beresford den Abschied nehmen müssen wird. Zugleich heißt es, daß sich der unzufriedene Admiral um einen Unterhausmitglied bewerben werde, um der Flottenpolitik der Regierung Opposition zu machen. In welcher Richtung sich diese Kritik bewegen würde, ist aus einem Memorandum zu ersehen, das der Lord soeben an die Admiralität gerichtet hat. Er erklärt darin in den schärfsten Worten, daß er mit der unter seinen Befehl gestellten unzulänglichen Flotte nicht imstande sei, die Sicherheit Großbritanniens gegen einen fremden Angriff zu gewährleisten.

Der Vorfall ist als Symptom bezeichnend. Als die englische liberale Regierung ans Ruder kam, da stand auf ihrem Programm erhöhte Sparsamkeit und Einschränkung der Rüstungen, vor allem Verlangsamung des Flottenbaues. Campbell-Bannerman, der überdies ein überzeugter Anhänger der Friedensbewegung war, suchte ein internationales Einverständnis über die Beschränkung der Rüstungen zu erzielen. Vor allem lag ihm daran, mit Deutschland zu einem Uebereinkommen über die Einstellung weiterer Flottenvermehrung zu kommen. Man weiß, daß dieses Ziel vor allem an dem Widerstande der deutschen Regierung gescheitert ist. Die Folge war einerseits die größere Isolierung Deutschlands: da England nicht, wie es die liberale Regierung wollte, mit Deutschland in ein engeres Einvernehmen kommen konnte, — und die Vorbedingung dieses Einvernehmens mußte naturgemäß die Einstellung des sinnlosen Wettwettens bilden, — so vervollständigte es das asiatische Uebereinkommen mit Rußland durch ein europäisches, und Eduard VII. ging nach Neval zu dem Zaren. Zugleich aber wuchs in England die Agitation jener Kreise, die nun erst recht für die rascheste Vergrößerung der Flotte eintreten, um den deutschen Rüstungen zuzukommen. Es ist ganz gut möglich, daß Lord Beresford nach seiner Verabschiedung die Führung dieser Agitation übernimmt.

Die englische Regierung aber, die durch die ablehnende Haltung Deutschlands in ihrem Programm der Sparsamkeit wankend geworden ist, wird dieser wachsenden Agitation gegenüber nicht umachgiebig bleiben. Bereits wird gemeldet, daß das Kabinett im Herbst 80 bis 100 Millionen Mark für die Flotte fordern würde, wenn es nicht gelänge, ein Arrangement mit Deutschland über Einstellung oder Verminderung der Rüstungen zur See zu treffen. Bei der sinnlosen Haltung unserer auswärtigen Politik ist aber die Hoffnung auf ein solches Uebereinkommen aussichtslos, so sehr es im Interesse beider Nationen liegen würde und so sehr es Deutschland überdies die Reform seiner Finanzen erleichtern würde. Und so steht uns eine neue Epoche des Wettwettens bevor, die größere Dimensionen als je annehmen dürfte, wenn es nicht den Völkern und vor allem den deutschen Arbeitern gelingt, dem Wahnsinn Einhalt zu tun.

Zugleich bedeutet dieses Wettwettens eine weitere Verschärfung des Gegensatzes zwischen den beiden Nationen. Aus einem sehr einfachen Grunde: In England tragen zu den Kosten der Flotte vermöge der ausgiebigen direkten Steuern, vor allem der Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern die bestehenden Klassen bei, während in Deutschland auch diese Lasten durch die indirekten Steuern auf die Beschäftigten abgewälzt werden. Dazu kommt, daß die Kosten vermehrter Rüstung auch die geplanten großen Sozialreformen, vor allem den Ausbau der eben begonnenen Altersversorgung gefährden. In England betrachtet man daher den Flottenbau als eine verhasste Last in allen Kreisen der Bevölkerung, eine Last, die England durch das Verhalten der deutschen Regierung auferlegt ist. So steigert die Weigerung der deutschen Regierung, den Flottenbau im Einverständnis mit England zu begrenzen, nicht nur die finanziellen Lasten des Volkes, sondern sie ist es, die England zum Bund mit den Westmächten und Rußland getrieben hat, die die

Zfollierung Deutschlands verschuldet und in erster Linie mitverantwortlich ist für die gespannte internationale Situation. Auch hier erweist sich der prinzipielle Widerstand, den die Sozialdemokratie von Anfang an den uferlosen Flottenplänen entgegengesetzt hat, als das einzig richtige Mittel zur Wahrung des Weltfriedens. Und fragt man nach der positiven Forderung, die die Sozialdemokratie in der momentanen Situation an die deutsche auswärtige Politik stellt, so heißt sie: Verständigung mit England und Einstellung der Verweigerung der Kriegsstätte!

Noblesse oblige.

Man muß es der Gegenkamarilla, die den Fürsten Eulenburg zur Strecke gebracht hat, schon lassen, daß sie grünlliche Luftverunreinigung besorgt. Noch nie ist der patriotischen und byzantinischen Heuchelei überlispelt worden, als von dieser patriotischen Meute, die hinter dem so lange mächtigsten Mann im Deutschen Reich, dem Freund des deutschen Kaisers, so wütig einherbeht. Es ist dabei nicht ihr letztes Verdienst, daß sie durch die schmutzige widerliche Art, wie die Kampagne von ihrem Manager Gorden geführt wird, zugleich trefflich dafür sorgt, daß die Gegner Eulenburgs — und darunter sind sehr mächtige, hohe und einflussreiche Herren — womöglich noch abstoßender und verächtlicher erscheinen, als der Gestürzte, den sie jetzt nach allen Regeln höfischer Kunst grauam zu Tode hehen.

Für heute muß nur besonders betont werden, wie diese Meute mit der deutschen Justiz umspringen. Freilich die deutsche Justiz erfährt ihr verdientes Schicksal; sie hat längst den festen Halt verloren, den die Justiz in der Uebereinstimmung mit dem Rechtsgefühl des Volkes findet. Was Wunder, daß diese Herren die Justiz, die ihnen so oft gefügiges Werkzeug zur Aufrechterhaltung und Befestigung ihrer Klassenherrschaft schien, nun als nichts anderes betrachten, wie als ein geeignetes Mittel, den Kampf um den Zugang zur Hintertreppe auszufechten. Was für ein Geben haben diese Leute jedesmal angeeignet, wenn Sozialdemokraten mit Einsetzung ihrer Person und in der sicheren Aussicht auf das Gefängnis schlimmste Fehlurteile kritisiert haben! Wie zeterten sie über die Verletzung des Respekts, wenn wir nicht in Eile vor jedem Fehlspruch erfiarrten. Und heute? Heute wird neben dem Prozeß in Moabit ein zweiter in den Spalten der Gardenpresse geführt und den Zeugnisaussagen im Gericht geht zur Seite ein Verweidverfahren in den Zeitungen.

Befieht man sich aber die Stimmungsmache näher, so ist sie in der Tat von einigem Interesse und wirft vielleicht auf ihre Urheber ein charakteristisches Licht als auf ihr Opfer. Der vergiftete Pfeil, der gegen Eulenburg abgeschossen wurde, war die Veröffentlichung des Briefes des Fürsten Dohna, in dem Eulenburg ein „verlorenes Kerl“ genannt wurde. Inzwischen hat es sich herausgestellt, daß die Veröffentlichung dieses Briefes von dem früheren Intendanten der königlichen Theater, dem Grafen Hochberg, ebenfalls einem Freund des Kaisers, veranlaßt worden ist. Solange Eulenburg an der Macht war, solange haben diese sauberen Herren vorsichtig geschwiegen, die die Gardenmeute jetzt als Muster des preussischen Adels, als vorbildliche Charaktere und als wirkliche Stützen des Thrones, würdig der Kaiserfreundschaft, in dem ekelhaften Bedienten-ton feiert, der nur in Deutschland möglich ist; all diese Gelden haben geschwiegen und haben den Verkehr mit Eulenburg eifrig aufrecht erhalten. Jetzt, wo Eulenburg angeklagt und mehrlos ist, veröffentlicht sie ihr „Material“. Wahrhaftig, wir wissen nicht, ob der preussische Adel mehr kompromittiert wird durch die Vergehen, die man Eulenburg nachsagt, als durch die Tugenden, die dessen Gegner bewähren.

Fast scheint es übrigens, daß Eulenburg gerade in der Pierson-Affäre sich nichts besonderes hat zuschulden kommen lassen. Wenigstens veröffentlicht Herr Konrad Haußmann eine Erklärung, in der es heißt, daß Eulenburg durch die Schwägerin eines hervorragenden Schauspielers gebeten worden ist, seinen Jugendfreund, den Grafen Hochberg, auf die sehr gespannten Theaterverhältnisse freundschaftlich aufmerksam zu machen. Dann heißt es:

„Wenn Fürst Eulenburg damals dem Grafen Hochberg vertraulich mitteilte, jene Dame habe wohlmeinende und ernste Besorgnisse geäußert, so war diese Mitteilung keine intrigante „Verlogenheit“, sondern eine aufrichtige Wahrheit.“

Jedenfalls erscheint die Angelegenheit nichts weniger als geklärt. Sie in einem Momente, wo sich der Angegriffene nicht wehren kann, zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung, und wohl auch zur Beeinflussung der Geschworenen vorgebracht zu haben, das mag vielleicht den Begriffen der Blüte des preussischen Adels entsprechen, uns kann es nur tiefen Ekel einflößen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 10. Juli 1908.

Wofür die deutschen Steuerzahler ausgeplündert wurden!

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat einen Sonderberichterstatler nach Südwesafrika geschickt. Dieser schreibt aus Swakopmund:

„Woran leidet Südwesafrika? so muß zunächst gefragt werden, und die Antwort kann nur lauten: An den Folgen der heillosen Wirtschaft während des Krieges. Schade, daß ich Swakopmund nicht vor dem Kriege gesehen habe. Wenn man jetzt aber aufmerksam durch die sandgefüllten Straßen geht, im besseren Teile der Stadt durch Bürgersteige aus Holzbohlen begrenzt, dann tritt sinnfällig hervor, daß mit jedem Transport Soldaten während des Krieges Händler und Unternehmer aller Art hier aufgetaucht sein müssen, die die Gelegenheit günstig erachteten, ihr Schicksal ins Trockene zu bringen. Wars und Hotels schossen wie Pilze aus der Erde; Handlungen aller Art taten sich auf; wir haben jetzt mindestens zwölf Hotels hier und über zwei Duzend Wars, die Restaurationen gar nicht gerechnet. So ungefähr muß eine Goldgräberstadt aussehen wie Swakopmund jetzt nach dem Kriege. Und während des Krieges sind Leute genug hier gewesen, die nicht säeten und nicht ernteten und sich doch ernährten. Leicht wurde Geld erworben, leicht glitt es wieder durch die Finger. Das war die goldene Zeit der Wars und Warmächten; jetzt sitzen sie trübselig da und noch trübseliger die Wäster und die diesen Hotels und Restaurationen dazu, ferner die meisten Kleinhändler. Selbst die großen Firmen und Unternehmer beginnen sich einzuschränken, sparen, wo sie können, und entlassen Angestellte.“

Von der halben Milliarde, die das südwesafrikanische Kriegsabenteuer gekostet hat, sind also nicht nur höchst beträchtliche Summen in die Taschen der Tippelskirch, Bobbielski und Konfortier geflossen, sondern auch erheb-

liche Bruchteile in die Taschen des Gefindels, das auf Kosten der Steuerzahler jahrelang in Südwesafrika während des Krieges schmarrte. Vom Blute der Herero und vom Marke des deutschen Volkes mästete sich das Abenteuerergetindel, das damals Südwesafrika heimjuchte!

Man sieht, Kriege sind nicht für alle ein trauriges Verhängnis; es gibt Elemente, deren Weigen gerade bei langwierigen Kriegsabenteuern blüht. Freilich ist es der Auswurf der Gesellschaft, der bei dem Völkermord und der Massenverteilung auf seine Kosten kommt.

Das Bild, das Südwesafrika im Kleinen bietet, würde sich bei einem europäischen Kriege im großen Maßstabe wiederholen! —

Die Wirren im Flottenverein.

Der Großadmiral von Köster hat nunmehr die Wahl zum Präsidenten des Flottenvereins angenommen. Die Abfassung des Reim und des Salm hat jedoch in den Kreisen der Panzerplattenpatrioten die höchste Entrüstung hervorgerufen. Die Blätter dieser Interessentengruppen künden an, daß nicht nur eine Sezession der kleineren thüringischen Gruppen, die nur 5000 Mitglieder umfassen, erfolgen wird, sondern daß auch der Austritt des 23000 Mitglieder starken Landesverbandes „Westfalen“ bevorstehe. Ja man spricht sogar von einem Austritt von 140000 Mitgliedern, von einer allgemeinen Auflösung des Flottenvereins!

Und das alles, weil der Flottenverein nicht lediglich ein Werkzeug der Kanonen- und Panzerplattenfabrikanten und tobjüchtiger Aldeutschen sein soll, sondern auch auf die Wünsche der doch wahrhaftig mit Flottenbegeisterung hinlänglich gefättigten Regierung eine gewisse Rücksicht nehmen soll!

Christliche Erfahrungen.

Die christlichen Gewerkschaften und die konfessionellen Arbeitervereine haben sich bekanntlich zur „christlich-nationalen Arbeiterbewegung“ zusammengesetzt. Bei den christlichen Gewerkschaften scheint sich unterdessen die Ueberzeugung eingestellt zu haben, daß sie durch die nationale Stille ihrer Sache keinen Dienst erwiesen haben. Auf dem Verbandstage der christlichen Holzarbeiter, der jüngst in München stattfand, sagte nämlich einer der Referenten: „Mancher organisationbereite Kollege kommt deshalb nicht zu uns, weil Angehörige anderer Stände die christlichen Gewerkschaften nur aus nationalen Gründen im Munde führen. Da leider nur zu häufig mit dem Worte „national“ Mißbrauch getrieben wird, werden unserer Bewegung dadurch mehr Leute entfremdet als zugeführt.“

Nach mancher andere Ausdruck verdient festgehalten zu werden. So sagte ein Redner aus Köln:

„Nicht immer sind die christlichsten und nationalsten Gegenden am besten zu bearbeiten. Hier und da sind sie sogar die sozial rückständigsten, in denen noch eine jahrzehntelange Arbeit nötig ist. Man lemt hier zwar ein karitatives, aber kein soziales Wirken; im wirtschaftlichen und sozialen Leben herrscht der krasseste Egoismus.“

Ein Redner aus Stuttgart meinte: „Auf dem Lande wirkt die Umgebung abtumpfend auf den Geist der Leute ein, und hier ist die geistige Hebung der Arbeiterbevölkerung deshalb nur sehr schwer zu erreichen.“ — Ob der Redner daran gedacht hat, daß die einflussreichste „Umgebung“ des Arbeiters auf dem Lande der Herr Pfarrer ist? —

Aus dem zwanzigsten Jahrhundert.

In der Umgegend von Eustirchen, einem Städtchen am Eingange der Eifel, erzählt sich die fromme Bevölkerung folgende Schauermär: Einige Studenten in Düsseldorf (!) hatten sich in den Besitz einer Hostie gesetzt; einer von ihnen tat den geweihten Gegenstand in ein Trinkhorn mit Bier, das die Kunde machte. Als einer der Studenten von dem Inhalt etwas verschüttete, stellte sich heraus, daß das Bier schwarz wie Rinte geworden war und — o Graus! — nach kurzer Zeit wurden auch die Studenten noch am selben Abend schwarz wie die Negel!

Eustirchen liegt ein Stündchen von Köln, der Metropole des aufklärten Westens. Das hindert nicht, daß die Leute sich mit ernster Miene solche Schauerdinge erzählen und denjenigen für einen Freigeist und Gottesläugner erklären, der an der Wahrheit oder auch nur Möglichkeit solchen Aunsuns zweifelt. —

Preussischer Polizeiterror.

Der von den Behörden gegen die Sozialdemokratie angewandte Terror tritt immer offener zu Tage. Das ist erfreulich. Man gibt der Sozialdemokratie dadurch beweiskräftiges Material in die Hand, das nicht hinwegzuleugnen ist. Der Terrorarbitersammler dürfte eine besonders dankbare Aufgabe in der Verarbeitung sämtlichen Materials finden, zumal wenn es sich in so offener Weise ausdrückt, wie das landräthliche Dekret zu Plön in Holstein.

Der Genosse Böge in Laboe war im Januar d. J. von der Gemeindevertretung als Mitglied des Schulvorstandes gewählt worden. Im März bestätigte der Landrat v. Rumohr in Plön im Namen des Schulbistatoriums die Wahl. Genosse Böge hatte nun das Vergnügen, bei der Landtagswahl am 16. Juni als Wahlmann gewählt zu werden. Bei der Abgeordnetenwahl gab er alsdann seine Stimme für den sozialdemokratischen Kandidaten ab. Wer so von dem schmutzigen preussischen Wahlsrecht Gebrauch macht, darf sich nicht wundern, wenn er dafür bestraft wird. Programmäßig ging denn auch folgendes Schreiben ein:

„Königl. Schulbistatorium II Plön, den 25. Juni 1908.
des Kreises Plön
3. Nr. 1136 S.
Schönberg, 2. Juli 1908.“

Bei der Landtagswahl am 16. d. M. haben Sie Ihre Stimme für den Kandidaten der sozialdemokratischen Partei abgegeben. Auch sonst haben Sie wiederholt für diese Partei Propaganda gemacht.

Da sie somit einer außerhalb der Gesellschaftsordnung stehenden (!) Partei angehören, so wird Ihre am 26. März d. J. — Tgl. Nr. 618 S. — erfolgte Bestätigung als Mitglied des dortigen Schulvorstandes hiermit zurückgezogen.

v. Rumohr. Veelmann.
An den Fischer Herrn Peter Böge
in Laboe.“

Der Schulvorstand des am Ostseestrande liegenden Badeortes Laboe ist jetzt wieder saubere, das Schulbistatorium in Plön, wo bekanntlich preussische Prinzen ange strengte Lage erleben, hat seine Pflicht getan, und den Sozialdemokraten ist abermals amtlich attestiert, daß bei Ausübung des Bürgerrechts gegen sie der Vannstrahl geschleudert wird.

Nach den Kriegervereinen die — Feuerwehr!

Dem Wahlterrorismus der Kriegervereine sollen sich nunmehr auch die Feuerwehren anschließen. Wenigstens ist das Wunsch und Verleger des freisinnigen „Haynauer Stadtblattes“, des Stadtrats Freibisch in Haynau, den Herr Fischel beim Reichstagswahlkampf im Jahre 1907 stets als „seinen hochverehrten Freund“ bezeichnete. In Haynau besteht nämlich eine sogenannte „städtische“ Feuerwehr, nicht etwa eine Berufsstruppe, sondern sie setzt sich aus freiwillig sich meldenden Bewohnern der Stadt zusammen, die sich verpflichten, bei ausbrechenden Bränden Löschdienste zu leisten und dafür eine jähr-

liche Entschädigung von etwa 50 Mark aus der Stadtkasse erhalten. Wie auch sonst der Gemeinrat gerade unter der Arbeiterkraft am ausgeprägtesten ist, so besteht auch hier diese Feuerwehr fast ausschließlich aus Arbeitern, und von diesen wieder bekennt sich ebenso erklärlicherweise die gute Hälfte ganz offen und frei zur Sozialdemokratie. Als nun die Landtagswahl kam, da war es wiederum ganz selbstverständlich, daß diese Arbeiterfeuerwehrmänner zur Wahl gingen und sozialdemokratisch stimmten.

Das alles ist so einfach und ebenso selbstverständlich, daß erst ein freisinniger Scharfmacher von der Fischel-Garde kommen muß, um dahinter eine Gefahr für den Staat zu erblicken. Im Bürgerverein war es, wo dieser edle Bekennere des freien Wortes und der freien Ueberzeugung eine domernde Brandrede gegen die „pflichtvergessenen“ Feuerweherteute hielt; es sei eine Schande, daß Personen, die im Solde der Stadt (ganze 60 M.) ständen, sozialdemokratisch wählten; da müsse unbedingt Remedur geschaffen werden; die Stadtverwaltung müsse die nötigen Maßnahmen treffen!

Sie mögen es nur tun. Die Arbeiter werden die 50 M. entbehren können. Wenn aber dann bei einem ausbrechenden Brande die Haynauer Bürger wehrlos dastehen werden, dann mögen sie sich bei dem freisinnigen Wahlterroristen und Stadtrat Freibisch bedanken. Zur Kennzeichnung der Verlogenheit und Verkommenheit des Fischel-Freisinns verdient auch dieser Fall der Nachwelt erhalten zu werden. —

Ein Soldatenschinder

stand vor dem Kriegsgericht der 5. Division des 8. Armeekorps in Frankfurt a. D. Der Unteroffizier Ernst A. vom 12. Grenadier-Regiment Prinz Karl von Preußen war der Mißhandlung Untergebener in 23 Fällen und der „vorschriftswidrigen“ Behandlung in 5 Fällen angeklagt. A. praktizierte als Wackpfeifenvertreter, Haar- ausreißer und Schläger mit dem Seitengewehr seine idealeren Regungen. Seine Spezialität waren Fußtritte gegen den Unterleib, die zu mancherlei Erkrankungserscheinungen führten. Der Angeklagte verjuchte seine Robeiten durch Uebereifer und Aufregung zu entschuldigen. Das Kriegsgericht hielt ihn der Soldatenmißhandlung in 18 und der vorschriftswidrigen Behandlung in 7 Fällen schuldig und verurteilte ihn zu sechs Wochen Mittelarrest. Von der äußerst milden Strafe wurde noch eine Woche auf die Untersuchungshaft abgerechnet.

Wahlterrorismus.

Die Kriegervereine im Vochumer Bezirk beginnen jetzt allenthalben mit den Mitgliedern aufzuräumen, die bei der Wahl sozialdemokratisch gewählt haben. In einem Kriegerverein in der Stadt Vochum wurden 3. B. fünf Mitglieder dieserhalb ausgeschlossen, das gleiche wird von Bitten und Langendreer gemeldet. Die evangelischen Arbeitervereine gehen ebenso vor. Im evangelischen Arbeiterverein Udenborn wurden 3. B. fünf Mitglieder hinausgeworfen. —

Belgien.

Die Kongodebatte.

Brüssel, 9. Juli. Deputiertenkammer. Im Laufe der Diskussion über Anträge auf Vertagung und Schluß der Kongodebatte stellte der Sozialist Furnemont das Verlangen, daß die Regierung vor dem Schluß der Erörterungen die mit England erzielte Verständigung rechtfertige. Ministerpräsident Schollaert erklärte, die Regierung habe vor dem Lande die Verantwortung für die nationale Unabhängigkeit. Sie werde dem Auslande keine unangemessenen Zugeständnisse machen. Den Gedankenanstausch mit dem Auslande müsse sie forschen, werde aber, sobald die Besprechungen zum Abschluß gediehen seien, die betreffenden Schriftstücke mitteilen. Mehrere Deputierte beantragten, daß die Erörterungen bis zur Veröffentlichung des mit England geschlossenen Schriftwechsels ausgesetzt würden. Schollaert wandte dagegen ein, daß die Frage, über die mit England verhandelt werde, mit dem Angliederungsprojekt an sich nichts zu tun habe. Er bitte, den Antrag auf Vertagung deshalb abzulehnen. Die Kammer sah in diesem Sinne mit 49 gegen 49 Stimmen Beschluß. Die Anträge auf Aufhebung der Erörterungen wurden mit 70 gegen 60 Stimmen ebenfalls abgelehnt.

England.

Annahme der Altersversicherung.

London, 9. Juli. Unterhaus. Das Alterspensionsgesetz wurde in dritter Lesung mit 315 gegen zehn Stimmen angenommen.

Türkei.

Die jungtürkische Bewegung.

Konstantinopel, 10. Juli. Nach Konfular-Depeschen ist Schemsî-Pascha von drei Offizieren getötet worden. Zwei Offiziere der Garnison von Konakitz sollen geflüchtet sein. Die Nachricht, daß die Truppen sich weigern, gegen die Flüchtlinge zu marschieren, ist unbefätigt. Der Marschall Osman-Pascha, Mitglied der obersten Inspektionskommission, ist zum außerordentlichen Kommandanten des Vilajets Konakitz ernannt worden und gestern dort hin abgereist.

Salonki, 10. Juli. Die Ermordung Schemsî Paschas hat eine Panik hervorgerufen. Schemsî Pascha wurde im Wagen erschossen, als er sich nach Resna begeben wollte, um die Truppen zum Gehorsam zu veranlassen. Ein Bataillon, welches nach Resna abgesandt wurde, verweigert den Weitermarsch. Die Bewegung hat das ganze Vilajet ergriffen.

Perlien.

Die Haltung Englands.

Im Unterhause stellte gestern der liberale Abgeordnete Lloyd an die Regierung die Anfrage, ob die Rosaken, welche die Zugänge zu der englischen Gesandtschaft in Teheran bewachten, zurückgezogen worden seien, und ersuchte auch um eine Aufklärung über die Stellung des Obersten Dzialoff. Zugleich rief Lloyd dazu, daß Gresh der russischen Regierung freundschaftliche Vorstellungen machen sollte, um Sicherheit dafür zu schaffen, daß aktive russische Offiziere sich auf die Aufrechterhaltung der Ordnung beschränken und sich nicht an Maßnahmen zur Unterdrückung der Volksrechte beteiligen sollten. Gresh erwiderte, die persischen Truppen seien zurückgezogen worden; von Dzialoff werde gemeldet, daß er bei Erklärung des Belagerungszustandes zum Gouverneur von Teheran ernannt worden sei, aber jetzt sei ein Zivilgouverneur ernannt worden. Der Schah hätte seine Absicht bekannt gegeben, die Konstitution aufrecht zu erhalten und es sei kein Anlaß, Vorstellungen zu erheben. In-betreff der weiteren Frage bezüglich Dzialoffs führte Gresh aus, daß Dzialoff in Diensten des Schahs wäre, und jeder Schrift, den er im Drang der jüngsten Ereignisse unternommen hätte, habe er unabhängig von der russischen Regierung getan. Dillon (Radikalist) fragte mit Rücksicht auf die gemeldeten Hinrichtungen und Folterungen, ob die englische Regierung gegen solche Handlungen Einspruch erheben hätte. Gresh erwiderte: Ich sehe nicht, was Gutes daraus sich ergeben sollte, wenn wir von der Politik der Nichtmischung abweichen würden. Ich schlage nicht vor, Schritte zu tun, welche eine Verantwortlichkeit für die inneren Angelegenheiten Persiens in sich schließen würden. Ich habe bereits mitgeteilt, daß wir Garantien für die Sicherheit oder die angemessene Behandlung der in die Gesandtschaft Geflüchteten verlangt haben. Darüber kann ich nicht hinausgehen. In Verantwortung einer weiteren Anfrage erklärte Staatssekretär Gresh, die persische Regierung sei wegen der Mißhandlung der englischen Gesandtschaft aufgefordert worden, um Entschädigung zu bitten. Dem Ernehmen nach sei das Entschuldigungs-schreiben in

Vorbereitung; es ist aber eingegangen und es festgestellt sei, daß es befriedigende Erklärungen enthalte, sei der Zwischenfall nicht als erledigt anzusehen.

Diese Haltung Englands widerspricht aber durchaus den liberalen Traditionen. England hat dies Prinzip der Nicht-Einmischung mit Recht nie beachtet und auch die Begründung des mazedonischen Reformprogramms geschieht gerade mit Hinblick auf die inneren Zustände der Türkei und die Grausamkeiten, denen die Bevölkerung ausgesetzt sei. In der Tat ist die Haltung Englands nur die Folge der Entente mit dem Jaren. Die liberalen englischen Blätter bekämpfen auch die Haltung Greys immer scharfer und ihm schließen sich die Frey und die Arbeiterpartei an. Zugleich zeigt die Haltung der englischen Regierung, daß der Tod Campbell-Bannermans in der Tat einen Systemwechsel und eine Verklärung der imperialistischen Strömung bedeutete. Der Mann, der das Joch auf die eben aufgelöste Duma ausgebracht hatte, war nicht die Persönlichkeit, das Bündnis mit dem blutigen Jaren abzuschließen.

Amerika.

Bryan Präsidentschaftskandidat.

Denver, 10. Juli. Der demokratische Nationalkonvent hat Bryan zum Präsidentschaftskandidaten nominiert.

Die Nominierung erfolgte unter ungeheurem Enthusiasmus nach einer Sitzung, die die ganze Nacht hindurch gedauert hatte. Als der Sprecher den Namen des Staates Nebraska aussprach, folgte eine Demonstration, die 72 Minuten dauerte. Die Delegierten brachten Seiltruße aus und schwenkten ihre Banner; die Musikkorps spielten. Auch die Namen Johnson (Minnesota) und Gray (Delaware) wurden dem Konvent vorgeschlagen, aber gleich jeder von ihnen mit großem Beifall aufgenommen wurde, war es doch schon vorher bestimmt, daß, sobald der Name Bryans genannt würde, seine Nominierung mit erdrückender Mehrheit erfolgen sollte.

Der Kongress nahm eine in entschiedenem Ausdrücke gehaltene Resolution an, in welcher Bryans bekannte Ansichten über die Tarifreform, über Ersparnisse in der Verwaltung, über die Zulassung gemischtstaatlicher Korporationen und über die Sicherstellung von Bankanlagen bei allen Banken, die unter der Aufsicht der Regierung stehen, kurz skizziert wurden. Hinsichtlich der Tarifreform spricht sich die Resolution für eine sofortige Revision durch Eröffnung der Einfuhrzölle aus und erklärt, die Artikel, die mit den Erzeugnissen der unter Aufsicht stehenden Trusts konkurrieren, sollen auf die Freiliste gesetzt werden. Die zum Lebensunterhalt notwendigen Erzeugnisse sollten eine wesentliche Zollreduktion erfahren, besonders die Artikel, die mit den amerikanischen Erzeugnissen konkurrieren und die im Ausland billiger als in den Vereinigten Staaten verkauft werden.

Bryan erhielt 892 Stimmen, Gray 59, Johnson 46. Die Nominierung Bryans erfolgte durch Zensus.

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Im Verlag der Leipziger Buchdruckerei A. G. in Leipzig (Verlag der „Leipziger Volkszeitung“) erschienen:

Borchardt, Julian, Die Grundbegriffe der Wirtschaftskunde. Eine populäre Einführung. 64 Seiten, Preis 40 Pf.

Luzemburg, Dr. Rosa, Sozialreform oder Revolution? Zweite durchgesehene und ergänzte Auflage. 64 Seiten.

Im Verlag der Buchhandlung Volksstimme, Auer u. Co., Frankfurt a. M., erschienen:

Thomas, D., Proletarierkrankheit und frange Proletarier. 2. Auflage, 6.—15. Tausend. 48 Seiten, Preis 20 Pf.

Die 20. Auflage des Schriftchens hat in der Partei- und Gewerkschaftspresse lebhafteste Anerkennung gefunden und auch in ärztlichen Kreisen hat man der Arbeit Aufmerksamkeit und Anerkennung entgegengebracht. Der Wert des sehr billigen Heftchens liegt darin, daß die Krankheitserscheinungen vom proletarischen Standpunkt aus geschildert werden und dabei ein Stück Arbeiterschicksal aufgerollt wird, das manchem als ein treues Spiegelbild seines eigenen Lebens erscheinen wird. Die „Dresdener Volkszeitung“ schrieb, daß die kleine Schrift epochemachend wirkt, und die „Frankfurter Zeitung“ forderte eine Massenverbreitung der Broschüre.

Zum Nürnbergertage.

Als Delegierten zum Nürnbergertage wählte die Landeskongress der Weiminger Sozialdemokratie den Genossen Knauer-Sonneberg.

Sozialdemokratische Wählerfolge in der Schweiz. In Zürich-Außer-Rhodan waren am Sonntag zwei Ersatzwahlen in den Kantonsrat zu treffen, wobei es sich um den Erfolg sozialdemokratischer Mandate handelte. Die Demokraten und Freisinnigen dieses Stadtkreises haben vor einiger Zeit nach „berühmten“ Mustern einen Block gebildet, um die Sozialdemokratie zu besiegen. Und nun das Resultat der ersten Wokation. Unsere Genossen Sigg und Schmid wurden mit 4100 Stimmen gewählt, während die beiden Blockkandidaten nur 1650 Stimmen erhielten.

Im Kanton Solothurn haben unsere Genossen am Sonntag bei den nach dem Proporz vorgenommenen Gemeindevahlen schöne Erfolge errungen. In der Stadt Solothurn haben unsere Genossen zu ihren bisherigen 2 Vertretern im Gemeinderat 3 weitere hinzugewonnen. Der Gemeinderat zählt 30 Mitglieder. In Olten wurden 9 statt der bisherigen 6 sozialdemokratischen Vertreter gewählt. In Sissach wurden 10 statt der bisherigen 3 Sozialdemokraten gewählt, womit unsere Partei die Mehrheit besitzt; das Gleiche ist der Fall in Derschingen, wo 12 Sozialdemokraten und 9 Bürgerliche gewählt wurden, ebenso in Yvertois, wo sich 6 Sozialdemokraten und 5 Bürgerliche gegenüberstehen. In Grenchen sind 18 Sozialdemokraten und 15 Bürgerliche, in Trimbach 8 Sozialdemokraten gewählt. Die sozialdemokratische Saat reift.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Stroflotte der Presse. Genosse Bahrdt von der „Leipziger Volkszeitung“ wurde am Freitag vom Landgericht Leipzig wegen Verleumdung des Polizeipräsidenten und der Polizei von Hannover zu zweihundert Mark Geldstrafe verurteilt.

Ausdehnung des § 153 der Gewerbeordnung.

In einer Verhandlung, die sich am Donnerstag in der Berufungsinstanz (Landgericht Berlin I) abspielte, handelte es sich im wesentlichen um die Frage, ob das Verlangen der Arbeiter, die Verteilung der Bestimmung der Gewerbeordnung in einzelnen, als eine Verabredung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen im Sinne des § 153 anzusehen ist. Die Frage wurde aus Anlaß eines Vorganges bei dem Streit

in den Siemenswerken im Jahre 1906 aufgerollt. Bei dieser Gelegenheit soll der Eisenblechhersteller als Streikposten mehrere Arbeitswillige befreit und gestohlen haben. Das Schöffengericht hatte ihn deshalb zu fünf Tagen Gefängnis verurteilt. Auf die Berufung des Angeklagten hatte sich die Strafkammer mit der Sache zu befassen. Hier gab einer der angeklagten Zeugen, Zeuge Griebert, an, er und sein Begleiter Sternberg seien vom Angeklagten erlöst worden, ihm ihre Arbeitsnachweise zu zeigen, durch welche sie als Arbeitswillige nach der bestrittenen Firma gelangt waren. Griebert kam dem Verlangen des Angeklagten nach, worauf Sternberg sagte, das solle er nicht tun. Infolgedessen hat der Angeklagte nach Angabe des Zeugen den bestrittenen und gestohlenen Auf eine Frage des Verteidigers, Rechtsanwalt Dr. Heinemann, gab Griebert zu, der Angeklagte habe das deshalb getan, weil er, der Zeuge, dem Sternberg gesagt habe, er solle dem Angeklagten den Schein nicht zeigen. Sie seien aber nicht deswegen vom Angeklagten befreit worden, um sie zur Teilnahme am Streik zu bewegen. — Der Angeklagte bestritt, daß der § 153 hier überhaupt angewandt werden könne, denn es habe sich ja bei dem Streik nicht um eine Verabredung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen gehandelt. Die Streitenden verlangten nichts weiter, als daß die Firma Siemens u. Halste die Arbeitsordnung innehalte, wie es das Gesetz vorschreibt.

Diese Angabe des Angeklagten wurde vollkommen bestätigt durch das Zeugnis des Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiter-Vereins, Cohen. Dieser behauptete: Durch die Arbeitsordnung der Firma Siemens und Halste sei die Arbeitszeit ganz genau geregelt. Es werde auch in der Arbeitsordnung bestimmt, daß die Firma nur in Notfällen Ueberstunden anordnen dürfe. Obwohl ein Notfall nicht vorlag, habe die Firma Ueberstunden angeordnet und die Arbeit beauftragt, diese zu einer dauernden Einrichtung zu machen. Es seien noch genug Arbeitsplätze und Maschinen frei gewesen, um neue Arbeiter einzustellen. Der Arbeiterausschuß habe sich der Direktion gegenüber erboten, ihr qualifizierte Arbeitskräfte in genügender Zahl zur Verfügung zu stellen, damit die vorhandenen freien Plätze besetzt und Ueberstunden nicht gemacht werden könnten. Nachdem die Firma auf diese Vorstellungen nicht eingegangen, sei der Streik ausgetreten, durch den lediglich erreicht werden sollte, daß die in der Arbeitsordnung festgesetzte Arbeitszeit innegehalten werde. — Dr. Fellingner, der als Degernent für sozialpolitische Angelegenheiten in den Siemenswerken fungiert, vertret den Standpunkt, es stehe im freien Ermessen der Firma, ob sie Ueberstunden anordnen wolle oder nicht.

Staatsanwalt Lehmann schloß sich dieser Ansicht an und begründete damit die Anklage. — Als der Verteidiger ausführte, den Arbeitern stehe das Recht zu, Ueberstunden abzulehnen, die objektiv nicht notwendig waren, es liege somit keine Verabredung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen vor, da lachte der Staatsanwalt wiederholt, wohl in der Meinung, er könne dadurch die Ausführungen des Verteidigers abtun. Das Lachen des Staatsanwalts veranlaßte den Verteidiger zu dem Antrage, das Gericht möge die Sitzung auf eine halbe Stunde vertagen, damit in der Zwischenzeit der Oberstaatsanwalt Dr. Jsenbiel ersucht werden könne, einen Staatsanwalt in die Sitzung zu senden, mit dem der Verteidiger so verhandeln könne, wie er es seiner Erziehung gemäß gewohnt sei. — Der Staatsanwalt bestritt, gelacht zu haben, und behauptete, er habe nur durch Kopfschütteln seiner entgegengesetzten Ansicht Ausdruck gegeben. Dieser Zwischenfall wurde dadurch erledigt, daß der Vorsitzende erklärte, wenn wirklich der Staatsanwalt die Ausführungen des Verteidigers durch Lachen beantwortet habe, so müßte er, der Vorsitzende, dies als ungebührlich zurückweisen.

Zur Sache selbst beantragte der Verteidiger noch, die gerichtlichen Sachverständigen darüber zu hören, daß die Ausführungen Cohens nicht nur nach Ansicht der Arbeiter, sondern auch objektiv zutreffend sind und Ueberstunden keineswegs notwendig waren. Die Arbeitsordnung sage nicht, daß es der Willkür der Firma überlassen sei, ob Ueberstunden gemacht werden sollen, sondern die Arbeitsordnung bestimme vielmehr, daß Ueberstunden nur in Notfällen zulässig sind. Ob ein Notfall vorliege, sei nach Treu und Glauben zu entscheiden. Liege ein Notfall aber nicht vor, so fordere die Firma, die doch an die Arbeitsordnung gebunden sei, etwas Geizwidriges. Wenn die Arbeiter dies ablehnten, so erstrebten sie nicht günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Das Gericht hielt diesen Antrag für unerheblich. Es verurteilte die Berufung des Angeklagten mit der Begründung, daß er durch ehrverletzende Ausdrücke den Zeugen Griebert zum Anschluß an den Streik habe bewegen wollen. Eine Verabredung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen liege deshalb in objektiver und subjektiver Hinsicht vor, weil die Arbeiter gewünscht hätten, die Arbeitsordnung so auszuüben, daß sie mitzutragen hätten, ob Ueberstunden gemacht werden sollen oder nicht.

Gegen das Urteil ist Revision eingelegt. Die Ansicht des Staatsanwalts und des Gerichts, es habe einseitig der Unternehmer das Recht, Ueberstunden zu verlangen oder gar von der Arbeitsordnung abweichende Arbeitszeiten festzusetzen, widerspricht so stark den elementarsten Vorschriften des Vertrags- und Gewerberechts, daß selbst das Kammergericht das Urteil schwerlich aufrechterhalten wird. Auf der einen Seite ist die Möglichkeit, ländliche Arbeiter in der Landwirtschaft wegen angeblichen Vertragsbruchs zu bestrafen, auf der anderen Seite die Verurteilung eines gewerblichen Arbeiters deshalb, weil dieser Innehaltung des Vertrages vom Arbeitgeber verlangte, ist ein Widerspruch, den auch der geistig Blindeste empfinden muß und über den weder ein Kopfschütteln noch ein Lachen eines Staatsanwalts hinweghilft.

Aus Industrie und Handel.

Das Trustproblem in Australien.

Ein interessanter Vorgang hat sich im australischen Parlament zugetragen.

Vom dortigen Bundesparlament wurde im Mai 1904 ein Antrag angenommen, zur Beschaffung von Gelder für Alterspensionen bedürftiger Australier aller Klassen (Arbeiter, Gewerbetreibende, Farmer) die Tabakindustrie Australiens in Besitz der Bundesstaaten zu übernehmen und eine königliche Kommission zur Untersuchung aller hierauf bezüglichen Fragen einzusetzen. Nach einer einleitenden Enquete wurden im August 1905 dieser Kommission präzise Aufgaben gegeben, nämlich, zu untersuchen:

1. ob in der Tabakindustrie Australiens ein Trust oder sonstiges faktisches Monopol seitens einer Gruppe von privaten Interessen bestehe;
2. im bejahenden Falle, welches die Einwirkungen eines solchen Monopols auf das industrielle Leben sei;
3. ob sich die Uebernahme der Industrie resp. des faktisch bestehenden Monopols in die Hände des Bundesstaates empfehle.

Die von der Regierung beauftragte Kommission beschäftigte sich nahezu zwei Jahre mit der Untersuchung dieser Fragen und sprach sich dann für die Verstaatlichung der Tabakindustrie unter folgender Begründung aus.

Die Zergliederung habe dargelegt, daß ein faktisches Tabakmonopol infolge Einverständnis der wesentlichen Tabakfirmen in Australien bestehe.

Die Vereinigung der industriellen Betriebe in einer Hand, die Konzentrierung derselben auf wenige Fabriken und Zentralverkaufsstellen haben große Ersparnisse im Besitze gehabt (genau so wie bei Gründung der amerikanischen Trusts).

Der Trust hat seine unbeschränkte Machtstellung zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen seiner Angestellten, des

gleichen zur Bedrückung und Ausbeutung der tabakbauenden Farmer und zu bedeutender Erhöhung der Verkaufspreise gegenüber dem laienhaften Publikum mißbraucht. Somit ergeben sich alle Vorteile eines tatsächlichen Industriemonopols und alle Nachteile, die in seiner Beherrschung durch Privatinteressen liegen.

Daher ist die Verstaatlichung zu empfehlen, weil die Ersparnisse, die aus der Vereinigung der Produktion erwachsen waren, sich dauernd erhalten lassen. Den privaten Besitzern derselben ist die Möglichkeit des Mißbrauchs ihrer Monopolstellung zu nehmen und deren große Macht in die Hände des Staates und somit des Volkes zu legen. Dem Staate kann damit eine bedeutende Einnahmequelle erschlossen werden.

Der Versuch, den Trust zur Aenderung seiner Politik durch Erniedrigung der Einfuhrzölle zu bewegen, kann nicht zum Ziele führen, weil derselbe mit den bedeutendsten Tabakinteressenten Europas und Amerikas im Einvernehmen steht. Ein Versuch, den Trust zu sprengen und zur früheren Isolation der einzelnen Tabakinteressenten zurückzuführen, würde das Ausgehen aller durch den Trust gemachten Ersparnisse und somit einen Nachteil für die australische Volkswirtschaft mit sich bringen, und die Uebernahme in Staatsbetrieb würde die Vorteile des Monopols bewahren und seine Nachteile beseitigen.

Mit Recht meint Broda, der in den Dokumenten des „Parliament“ über diese Angelegenheit berichtet, daß die königliche Kommission hiermit in einem Einzelfalle und ohne sich selbst der allgemeinen Anwendbarkeit bewußt zu sein, den Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus gefolgt ist. Gegenüber der Konzentration der Industrie und der Vereinigung aller industriellen Interessen in immer weniger Händen hilft weder Kapitalismus, noch utopisches Liebegeln mit einer Rückkehr zu überkommenen Zuständen. Nur der Weg nach vorwärts zur Vergesellschaftlichung der Industrie kann alle einmal gewonnenen Vorteile des kapitalistischen Systems bewahren und seine Nachteile beseitigen.

Soziales.

Mißstände des Koff- und Logiswesens

wurden in einer Verhandlung beleuchtet, die gestern vor der dritten Kammer des Kaufmannsgerichts stattfand. Die Verkäuferin Selma H. erhob gegen den Wirtshändler Emil Schmidt einen Anspruch auf Zahlung von 120 Mark rückständigen Gehalts. Sie hatte wenige Tage nach Eintritt der Stellung ihre Tätigkeit aufgegeben, weil das Logis gänzlich unzureichend war und sie es vor der in den Nebenräumen herrschenden Unsauberkeit nach ihrer Angabe nicht mehr auszuhalten vermochte. Die als Zeugin vorgeladene zweite Verkäuferin, die aus gleichen Gründen die Stellung aufgegeben hat, bestätigte die Behauptungen der Klägerin. Die 3 Verkäuferinnen mußten sich nicht nur in einen Schlafraum teilen, sondern auch eine Schmalzsaite als gemeinsame Waschküchle benutzen. Die Wirtshausgebäude waren mit Schimmel befallen, ein Gefäß mit sogenannter „Krautbutte“ wimmelte von Mäusen und dergleichen Unsauberkeiten mehr. Der Schlafraum der Verkäuferinnen lag dicht neben dem Schlafzimmer des Chefs. Es gab zwar einen separaten Eingang über den Hof, aber der Bequemlichkeit wegen wurde von den Verkäuferinnen der Durchgang durch das Zimmer des Prinzipals benutzt. Folgender Vorfall gab der Zeugin unmittelbare Veranlassung zum sofortigen Verlassen der Stellung. Als sie dem Chef eines Morgens die Anwesenheit des Geldbriefträgers melden wollte, lag jener noch im Bett. Sprang dann auf und begab sich im Hemd an den Geldschrank. Als sich die Zeugin hernach die Hände rieb, sagte der Prinzipal zu ihr, wenn ihr kalt wäre, so solle sie zu ihm ins Bett kommen. Der Beklagte bestritt das zwar und behauptete, er habe nur gesagt, sie solle „in ihr Bett gehen“. Die Zeugin rief ihm aber angedeutet der ihn belastenden Aussage zu einem Vergleich, indem sie besonders darauf hinwies, daß beim Zusammenliegen der Schlafstätte des Chefs und der Verkäuferinnen das Logisverhältnis ein sehr bedenkliches sei. — Der Beklagte zog es denn auch vor, 75 M. vergleichsweise zu zahlen.

Bedauerlich ist, daß der Beklagte nicht durch Urteil zur vollen eingeklagten Summe verurteilt wurde.

Kinderarbeiter vor preussischen Richtern.

Der § 13 des Kinderarbeitsgesetzes bestimmt in Bezug auf die Beschäftigung von Kindern in den Betrieben ihrer Eltern, daß sie, wenn jünger als 10 Jahre, überhaupt nicht, wenn sie älter als 10 Jahre sind, nicht in der Zeit von 8 Uhr abends bis 8 Uhr morgens und nicht vor dem Vormittags-Schulunterricht beschäftigt werden dürfen. Nun hatte die Königshütter Polizeibehörde in Erfahrung bekommen, daß in der Wastube eines dortigen Vätermeisters dessen kaum 13 Jahre alter Sohn mit einer Arbeitsschürze hieselbst öfters in den Nachmittagsstunden von 10—3 Uhr der Gesellen zur Hand gegangen sei. Gegen den Vater wurde daraufhin Anklage wegen Vergehens gegen den erwähnten Paragraphen erhoben. Doch der Angeklagte wußte sich Rat; er erklärte, daß sein Knabe aus freiem Antriebe „rein zu seinem Vergnügen“ den Gesellen öfters einige Handreichungen geleistet habe. Tatsächlich erzielte der Mann auch vor dem Schöffengericht wie vor der Strafkammer keine Freisprechung, die mit der Begründung erfolgte, es sei dem Angeklagten nicht nachzuweisen, daß er ein Kind zu jener nächtlichen Beschäftigung angehalten habe. Damit war selbst die Staatsanwaltschaft nicht einverstanden. Sie legte Revision ein, mit der sich nun der Strafsenat des Preussischen Oberlandesgerichts zu befassen hatte. Entsprechend dem Antrage des Oberstaatsanwalts hob das Gericht denn auch das freisprechende Urteil auf, weil der ständige Rechtsprechung entsprechend schon die stillschweigende Duldung der verbotenen Arbeitsleistung zur Straffälligkeit hinreichte.

Die Ferien als Kinderparadies bei ostelbischen Junkern.

In Jatzke kam zwei Tage vor Beginn der Volksschulferien der Verwalter des Dominiums Neuhof vor das Schulhaus und begann dort unter den Kindern seine Verdienstmittel, um während der Ferien recht billige Erntekräfte zu erhalten. Weder die Lehrer legten ihm das Handwerk, noch verboten die Eltern ihren Kindern, dem Vorden des Junkeragenten zu folgen; diese sind ja meist froh, wenn sie durch den Ferienverdienst ihrer Kinder einen kleinen Zuschuß zum schmalen Lohn erhalten. So machte der Verwalter recht gute Abschlässe; gleich am ersten Tage gingen ihm 35 von den Unglücklichen ins Garn, die nun für 85 Pfennige Tagelohn die tödliche Ferienfreiheit hingeben und unter der Krute des Rentenbogens sich werden schinden müssen.

Gegen die Konkurrenzkaufel. Das Kaufmannsgericht in Altona hat sich in einer am Mittwoch stattgefundenen Sitzung, die sich mit der Konkurrenzkaufel beschäftigte, mit großer Majorität für das strikte Verbot der Kaufel ausgesprochen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Werkstatte bohrt

haben die Arbeiter der Schwarzkopffischen Maschinenfabrik in Wildau. Seit Wochen haben die dort Beschäftigten Arbeiter durch eine Kommission (Betriebskommission genannt) Verhandlungen mit ihrer Direktion gepflogen, um die von der Direktion den Arbeitern abgezogenen Strafgebühren für Zuspätkommen sowie die Ueberträge aus der Fabrikantene auch allen Beschäftigten wieder zugute kommen zu lassen. Nach dem Bericht, den ein Mitglied der Betriebskommission einer in Königs-Wusterhausen tagenden bis auf den letzten Platz gefüllten Versammlung der Arbeiter des Werkes gab, hat die Direktion erklärt, daß ein Uebertrag aus dem Bierkonsum nicht vorhanden sei, daß aber auch eine Auseinandersetzung beider Klassen

(Kantine, sowie die Ankosten für das von der Direktion für die Arbeiterschaft erbaute Kasino) kaufmännisch unmöglich sei. (7) Das Kasino, in welchem viele Feste gefeiert werden, welche die Arbeiterschaft wenig interessieren und in welchem die Arbeiter sonst nichts zu suchen haben, wird also von den Geldern der Arbeiter unterhalten. Eine allgemeine Entrüstung unter den Versammelten rief es hervor, als der Versammlung mitgeteilt wurde, daß ein Ueberfluß vom Bierkonsum nicht vorhanden sein solle. Die in Frage kommende Brauerei (Schloßbrauerei Königs-Wusterhausen) liefert 64 Flaschen für 3 M. an die Firma, während die Arbeiter die Flasche mit 10 Pf. pro Stück bezahlen müssen. Als die Betriebskommission im Auftrage der gesamten Arbeiterschaft gar so vermaßen war, das Ersuchen an die Firma zu stellen, den Arbeitern eine Kontrolle über Einnahme und Ausgabe von Kantine- und Straßengelde zu gewähren, glaubten die Herren der Direktion den Arbeitern sagen zu müssen, daß ein solches Verlangen ein Mißtrauensvotum für die Firma bedeute. Auf die Frage der Kommission, ob die Firma denn in keiner Weise den so berechtigten Wünschen der Arbeiter Rechnung tragen wolle, erfolgte ein bündiges Nein.

Was dieselbe Direktion im Schwefelwerk Berlin, Scheringstraße, bezüglich der Straßengelde sowie des Ueberflusses aus der Kantine zugunsten der Arbeiter getan hat, lehnt sie den Arbeitern in Wildau ab. In dem Berliner Werk wird den erkrankten Arbeitern eine Beihilfe zum Krankengeld aus diesen Geldern gewährt. Nach Berechnung der Arbeiter wird im Werk Wildau bei 2000 beschäftigten Personen ein Ueberfluß von 60-70 000 M. erzielt. — Die Arbeiter beschloßen gegen 5 Stimmen, Kantine und Kasino streng zu meiden und zwar so lange, bis die Direktion den berechtigten Wünschen der Arbeiter Rechnung trägt.

Rein Anlaß zur Amtsentsetzung des Sprechmeisters Vogel.

Im November vorigen Jahres verhandelte, wie sich unsere Leser erinnern, eine Berliner Strafkammer einen Beleidigungsprozeß gegen den Genossen Schneider vom Wädervand. In diesem Prozeß kam der angeblich beleidigte Sprechmeister Vogel, der langjährige Arbeitsvermittler der Wädervand, „Germania“, schlechter weg wie der Angeklagte, denn dem Herrn Vogel wurde durch verschiedene, vom Gericht als einwandfrei anerkannte Zeugen nachgewiesen, daß er vor Jahren Verrechnungsgelder von Arbeitssuchenden angenommen und diese bei der Arbeitsvermittlung, entgegen dem Reglement, begünstigt hat. — Nach diesem Ergebnis des Prozesses hat der Gesellenausschuß der Wädervand, „Germania“ an die Gewerbe-Deputation des Magistrats, als der Aufsichtsbehörde für die Innungen, den Antrag gerichtet, den Sprechmeister Vogel seines Amtes als Arbeitsvermittler zu entsetzen. Es hat lange gedauert, bis die Gewerbe-Deputation eine Entscheidung in dieser Angelegenheit traf. Erst vor kurzem hat der Gesellenausschuß von der Gewerbe-Deputation folgende Antwort erhalten:

„Dem Antrage des Gesellenausschusses auf Amtsentsetzung des Innungs-Sprechmeisters Vogel können wir nicht stattgeben, da und hierzu die gesetzliche Befugnis fehlt. Uebrigens sind wir auch der Meinung, daß zu dieser Amtsentsetzung eine Veranlassung nicht vorliegt, da die dem Vogel nachgewiesenen Verfehlungen schon lange Jahre zurückliegen.“

Also die Wädervand „Germania“ soll ihren Vogel behalten, dem vor Gericht zehn bis zwölf Fälle von Verfehlungen nachgewiesen worden sind, nachdem Vogel vor demselben Gericht als Zeuge beschworen hatte, er habe niemals Verrechnungsgelder angenommen, weshalb denn auch das Gericht in seinem Urteil auspricht, daß Vogels Zeugnis nicht einwandfrei ist. — Die Gewerbe-Deputation meint, diese Verfehlungen könnten keinen Anlaß zur Amtsentsetzung geben, weil sie schon lange Jahre zurückliegen. Das trifft allerdings für einige der vor Gericht festgestellten Fälle zu, jedoch ereignete sich der letzte gerichtliche festgestellte Fall erst im Herbst 1906, liegt also noch nicht sehr lange zurück. Wenn die Gewerbe-Deputation meint, ein Arbeitsvermittler, der sich bis zum Herbst 1906 nachgewiesenermaßen grobe Verfehlungen gegen eine gerechte und einwandfreie Arbeitsvermittlung zuschulden kommen ließ, könne nunmehr als makelloser Persönlichkeit da, weil ihm aus der allerneuesten Zeit nichts Derartiges nachgewiesen ist, so zeugt diese Meinung von einer Leber für die betroffenen Arbeiter gerade nicht erfreulichen Milde der Auffassung. — Unzutreffend scheint uns auch die Annahme der Gewerbe-Deputation, daß die gesetzliche Befugnis zur Amtsentsetzung des Sprechmeisters fehle. Nach dem Gesetz hat der Magistrat die Aufsicht über die Innungen zu führen. Er hat darüber zu wachen, daß sich ihre Beschlüsse und Handlungen im Rahmen der Bestimmungen des Gesetzes, der Innungsstatuten usw. bewegen. Vogels Handlungsweise, wie sie in dem erwähnten Prozeß festgestellt worden ist, muß als ein fortgesetzter grober Verstoß gegen das Arbeitsnachweisreglement der Innung und gegen die guten Sitten angesehen werden. Was hat denn die behördliche Aufsicht über die Innungen für einen Sinn, wenn es der aufsichtsführenden Behörde nicht möglich sein sollte, diesen Mann seines Postens zu entsetzen, wenn der Innungsvorstand, wie es hier der Fall ist, den fortgesetzten Anträgen des Gesellenausschusses auf Amtsentsetzung des Sprechmeisters nicht nachkommt. Wir meinen, nach dem Sinn des Innungsgesetzes hätte der Magistrat wohl das Recht, dafür zu sorgen, daß die Arbeitsvermittlung von einer einwandfreien Persönlichkeit ausgeht wird. Ist man anderer Meinung, so würde das nur beweisen, daß die betreffenden Bestimmungen des Gesetzes nicht ganz klar sind und deshalb bei nächster Gelegenheit präzisiert werden müßten. — Uebrigens pflegen sich die Aufsichtsbehörden gegen Krankenkassen, die in der Wehrheit von Arbeitern verwaltet werden, nicht so rücksichtsvoll und schonend zu verhalten, wie es hier gegen einen Innungsfunktionär geschieht.

Husland.

Gewerkschaftliche Kämpfe in Skandinavien.

Verhandlungen über die allgemeine Aussperrung im Baugewerbe von Kristiania, die zwischen den Vertretern der Landesorganisationen der Gewerkschaften und der Arbeitgebervereinigung Norwegens geführt wurden, endeten am Sonnabend mit einem Einigungsorschlag, der die Räuter, Bauhilfsarbeiter, Zimmerer, Bautischler und Klempner umfaßt. Es sollen in diesen Berufen neue Tarife abgeschlossen werden, die bis zum 1. Mai 1910 gelten. Rechtswürdig ist, daß diese Nachricht mit der von dem vorläufigen Uebereinkommen für das Baugewerbe in Schweden zusammenhängt, ebenso wie seinerzeit in beiden Ländern der Aussperrungsbeschluß gleichzeitig gefaßt wurde. Die norwegischen Unternehmer hatten entrüstet den Vorwurf zurückgewiesen, daß sie mit ihren schwedischen Klassenossen in einem Unionsverhältnis ständen, bei dem, just so wie in der 1906 aufgelösten politischen Union beider Länder, die Oberregierung in Stockholm säße. Aber es ist offenbar doch so. Tatsächlich ist ja diese Union der skandinavischen Unternehmer, an der auch die Dänen teilhaben, auf einer gemeinsamen Konferenz abgeschlossen worden. Daß dabei den Norwegern gegenüber die viel kapitalstärkeren Schweden die erste Geige spielen, ist selbstverständlich.

Von den großen Arbeiterkämpfen in Norwegen ist nun auch der der Textilarbeiter, der drei große Fabriken umfaßt, durch Verhandlungen beigelegt; ebenso der Streit und die Aussperrung der Hölzerarbeiter auf den Glommen, wenigstens soweit zwei große Unternehmer in Frage kommen. Bei einem Unternehmen der Festung-Hölzerer, dauert der Kampf noch fort. Außerdem streiken in Telemark in den großen Betrieben des Ingenieurs Eide, der u. a. auch ein Salpetermineral besitzt, über 2000 Mann, größtenteils Mitglieder des Arbeitsmannsverbandes.

In Schweden sieht, neben all den anderen großen Kämpfen, die ja schon wochen- und monatelang dauern, eine allgemeine Arbeitseinstellung der Buchbinder Stockholms bevor. Dort verantw. Redakt.: Georg Davidsohn, Berlin. Inseratenteil verantw.:

solobst wie in der kleineren Stadt Eskilstuna ist der alte Buchbinder tarif am 1. Juli abgelaufen, nachdem man seit Februar über einen neuen vergeblich verhandelt hatte. Auch der Buchdrucker tarif ist, und zwar von den Gehilfen wie von den Prinzipalen, gekündigt worden. Dieser Tarif erstreckt sich auf das ganze Land; er gilt jedoch bis Ende dieses Jahres.

In Dänemark, wo die Unternehmer einiger unbedeutender Konfekte wegen vor wenigen Wochen eine Generalaussperrung veranlassen wollten, kam es erst kürzlich durch Verhandlungen der Hauptorganisationen beider Parteien zu einer Einigung in allen Streitfragen. Aber nun, Anfang Juli, droht die Arbeitgebervereinigung Dänemarks von neuem mit Aussperrungen. Erstens sollen alle Mitglieder der Sägewerksarbeiter- und Maschinenfabrikantenorganisationen zu Kopenhagen ausgesperrt werden, und zweitens alle Mitglieder des Tischlerverbandes, soweit sie in den Betrieben der organisierten Eisenindustriellen beschäftigt sind. Die Veranlassung zu solcher Aussperrung bilden wiederum kleine Konflikte bei einzelnen Firmen.

Inzwischen kommt aus Kristiania die Nachricht, daß der dort im Baugewerbe gemachte Einigungsorschlag von den Arbeitern sämtlicher fünf Berufsgruppen abgelehnt wurde. Der Vorschlag war übrigens auch von den Vertretern der Arbeitnehmer nicht gutgeheißen; sie hatten sich nur verpflichtet, in ihren Organisationen darüber abstimmen zu lassen. Der Kampf im Baugewerbe Kristianas dauert also fort.

Gerichts-Zeitung.

Kampf gegen den Antimilitarismus.

Zu der gestern kurz von uns gemeldeten Verurteilung Erik Katers wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesehe usw. (§ 110 Str.-G.-B.) erhalten wir noch einige ergänzende Mitteilungen über den Sachverhalt der unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführten Verhandlung.

Im Verlage des Lokalistenblattes „Die Einigkeit“ erschien Anfang 1908 eine Broschüre mit dem Titel: „Der Sieg bei Jena. Ein Beitrag zur Geschichte Preußen-Deutschlands. Die letzte Schlacht. Eine zukünftige Begebenheit.“ — Der erste Teil der Broschüre gibt im Anschluß an Kehrings „Lessing-Legende“ eine Darstellung der Geschichte Preußens am Anfang des vorigen Jahrhunderts und schildert die Entstehung und Wirkung des Militarismus in Preußen. Der zweite Teil der Schrift führt den Lesern lebendig ein Phantasiestück vor Augen, dessen wesentlichste Umrisse so aussehen: Ein Krieg ist ausgebrochen, das Heer wird dem Feinde entgegengeführt, aber die Soldaten dieses Heeres hatten sich vorher verabredet, entgegen den Befehlen der Führer den Feind nicht anzugreifen, sondern weiße Parlamentärscharen aufzusuchen, sich mit der feindlichen Armee zu verbinden und so den Krieg zur Unmöglichkeit zu machen. Obgleich dies Phantasiestück von großer Naivität und Harmlosigkeit des Verfassers zeugt und für die antimilitaristische Propaganda recht bedeutungslos ist, so erschien es der Staatsanwaltschaft doch wichtig genug, um es zum Gegenstand einer Anklage gegen Kater als Verbreiter der Broschüre zu machen. Und das Gericht hielt das Phantasiestück eines naiven Menschen für so gefährdend, daß es auf Antrag des Staatsanwalts für die ganze Dauer der Verhandlung die Öffentlichkeit ausschloß — wegen Verführung der Staatsbürger! Die Staatsanwaltschaft meinte, durch die Erzählung der Phantasiestück sollten die Leser aufgefordert werden, das Beispiel der zum Feinde übergehenden Armee nachzuahmen, was gleichbedeutend sei mit einer Aufforderung an die gegenwärtig oder künftig dem deutschen Heere angehörenden Leser zum Ungehorsam gegen die gesetzliche Grundlage der militärischen Ordnung. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Heinemann, trat der Auffassung des Staatsanwalts, der eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten beantragte, entgegen. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 300 M. unter folgender Begründung: Beide Teile der Broschüre bilden ein untrennbares Ganzes. Im ersten Teil werden die schädlichen Wirkungen des Militarismus geschildert, im zweiten Teil werden sodann angegeben, wie diese schädlichen Wirkungen zu beseitigen seien, nämlich durch den Militärstreik. Wenn es sich hier auch nur um ein Phantasiestück handele, so sei darin doch eine Aufforderung an die Soldaten zum Ungehorsam zu erblicken. Daß die Broschüre in die Hände Wehrpflichtiger gefallen sei und fallen sollte, müsse angenommen werden. Es sei jedoch nur auf eine Geldstrafe erkannt worden, weil nur der letzte Teil der Broschüre strafbar sei, nicht auch der erste, der sich in besonders gefährlicher Weise gegen die Monarchie richtete.

Den Richtern unbezweifelbar, dem objektiven Beobachter aber deutlich erkennbar, klingt als Grundton aus diesem Urteil das Gefühl heraus: Die Stütze der herrschenden Gesellschaft, der Militarismus, darf um alles in der Welt nicht angetastet werden. Sonst hätte aus der Broschüre keine Aufforderung zum Ungehorsam herausgelesen werden können.

Wegen Aufreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander hatten sich gestern vor der dritten Strafkammer unter Vorsitz des Landgerichtsdirektor Lieber der Tischler und Reaktor Richard Fischer und der Lagerverwalter Berthold Sohn zu verantworten. Unter Anklage stand die Rainnummer der anarchischen Zeitung „Der Revolutionär“, als dessen Reaktor der erste Angeklagte zeichnete. Die auf rotem Papier erschienene Rainnummer enthielt einen Artikel: „Der 1. Mai, wie er ist und wie er sein sollte“. Darin wurde der Sozialdemokratie der Vorwurf gemacht, daß sie viel zu zahm sei, da sich auf gesetzlichem Wege nichts erreichen lasse. Auf dem Wege der Gewalt müsse der Anarchismus durchgeführt werden. Diese Schlussfolgerung zog wenigstens der Staatsanwalt aus dem Inhalt des Artikels. Der zweite Angeklagte wurde wegen eines in derselben Nummer enthaltenen Gedichts „Zum 1. Mai“ zur Verantwortung gezogen. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Der Staatsanwalt beantragte gegen Fischer 6 Monate, gegen Sohn 4 Monate Gefängnis. Das Gericht sprach den Letzteren frei, verurteilte dagegen den Angeklagten Fischer zu 4 Monaten Gefängnis. Der Artikel in Verbindung mit den hinzugefügten Bildern sei wohl geeignet, zu Gewalt anzureizen. Als Widerlungsgrund für die hohe Strafe wurde erzwungen, daß der Angeklagte erst im 24. Lebensjahr steht und bisher unbescholten ist, auf der anderen Seite aber die Gemeingefährlichkeit einer solchen Agitation, wie sie durch den inframinierten Artikel getrieben worden.

Sechzig Monate Gefängnis für einige Steinwürfer.

Während eines Streiks bei der Syndikalfreien Kohlenvereinigung in Mannheim kam es am 23. April dieses Jahres zu einem Krawall, als in der Gegend des Redars ein Fuhrwerk der Firma erschien, das von einem Streikbrecher geführt wurde, während noch eine Polizeistorte diesen Transport in ihre liebevolle Obhut nahm. Es sammelten sich etwa 20 Arbeiter, die zum Teil schimpften, später auch kleinere Steine nach dem Wagen und den Schuppleuten warfen, teilweise auch trafen. Jemande bedeutendere Verletzung ist dabei nicht vorgekommen. Dafür wurde acht Personen der Prozeß teils wegen Aufruhr, teils wegen Landfriedensbruch gemacht. Ueber die Anklage hatte das Mannheimer Schwurgericht am Mittwoch zu urteilen. Die Angeklagten, von denen drei erst 17 bzw. 19 Jahre alt sind, bestritten zum Teil ihre Schuld überhaupt, zum Teil gaben sie sie nur in geringem Umfange und in geringer Bedeutung zu und wurden im Grunde auch nur wenig belastet. Der Verteidiger, Genosse Dr. Frank, gab für zwei den Landfriedensbruch zu, aber auch da in geringem Umfange, für zwei Angeklagte gestand er ein Vergehen gegen den § 153 der Gewerbeordnung, während für die übrigen die Freisprechung geboten sei. Die Geschworenen aber bejahten die Frage der Zusammenrottung für alle Angeklagte und bei dreien noch die Gewalttätigkeit gegen einen Schutzmann. Das Gericht verurteilte die drei jüngsten Angeklagten am schwersten, nämlich einen zu einem Jahre, zwei zu je zehn Monaten Gefängnis, ferner noch einen Ange-

klagten zu zehn Monaten, einen zu sechs und drei zu je vier Monaten Gefängnis. Die Untersuchungsfrist wurde allen voll an gerechnet.

Aus der Frauenbewegung.

Ein norwegischer Frauentongress.

Die norwegischen Frauenwahlrechtsvereine haben dieser Tage zu Lillehammer, einer Kleinstadt am nördlichen Ende des Rjöfjördes, ihren Landestongress abgehalten. Es waren meist bürgerliche Frauen, die hier vertreten waren; die proletarischen Frauen sind ja meist im Frauenverband der Arbeiterpartei organisiert, jedoch gehören auch manche weibliche Mitglieder der Arbeiterpartei den Frauenwahlrechtsvereinen an und in Stabanger bilden die organisierten Parteigenossinnen sogar die Mehrheit im Frauenwahlrechtsverein. Dieser Verein war denn auch auf dem Landestongress durch eine Parteigenossin, Frau Lehrer Gjøstein, vertreten.

Der Kongress hat sich mit einer Reihe verschiedener Fragen befaßt. Man sprach unter anderem über eine Reform der Ehegesetzgebung, dann über die Anstellungs- und Lohnverhältnisse der Telegraphistinnen, verlangte, daß sie in jeder Hinsicht ihren männlichen Kollegen gleichgestellt werden, und beschloß sich ferner mit dem Mädchenkulturbewußtsein, wobei die Forderung nach planmäßigem Unterricht in häuslicher Ökonomie besonders hervorgehoben wurde.

Unter den norwegischen Frauenrechtlerinnen gibt es viele, die in der Sozialgesetzgebung gegen besondere Arbeiterinnen scharf bestimungen agitieren, in der Meinung oder unter dem Vorwand, daß auch in dieser Hinsicht der Grundriß der Gleichberechtigung der Geschlechter gewahrt werden müsse. Damit man diese Auffassung eventuell im Storching zur Geltung bringen könnte, schlug Fräulein Gina Krog vor, der Kongress möge sich dafür aussprechen, daß die Storchingsberatung des Fabrikgesetzes bis nach den Neuwahlen verschoben werde. Bei diesen Wahlen, die im nächsten Jahre stattfinden, werden ja die norwegischen Frauen zum ersten Male ihr staatsbürgerliches Wahlrecht ausüben, das ja allerdings kein allgemeines ist. Gelingt es dann dem Fräulein Krog oder ihren Gesinnungsgenossinnen, gewählt zu werden, so wollen sie dafür sorgen, daß im Fabrikgesetz das Ausbeutungsrecht der Unternehmer an den Arbeiterinnen nicht mehr eingeschränkt wird, als das an den männlichen Arbeitern. Gina Krog's Antrag wurde jedoch abgelehnt, nachdem die Genossin Gjøstein mit aller Entschiedenheit die Forderung der proletarischen Frauen und der Arbeiterpartei auf besonderen und ausreichenden Schutz der Arbeiterinnen zur Geltung brachte.

Ueber die Stellung der Frauen zu den Storchingswahlen hielt Frau Quam Vortrag. Sie meinte, daß wenig Aussicht zur Wahl weiblicher Storchingsabgeordneter vorhanden sei. Man müsse darum vor allem auf die Aufklärungsarbeit Wert legen und dafür sorgen, daß die Wahlrechtsbedingungen der Frauen denen der Männer gleichgemacht werden, die Abhängigkeit des Frauenwahlrechts von einer Steuerleistung für ein Mindestjahreseinkommen von in den Städten 400, auf dem Lande 300 Kronen, also beseitigt wird. — Die bürgerlichen Frauen haben offenbar eingesehen, daß wenn auch das beschränkte Frauenwahlrecht ihren Klasseninteressen dienen kann, es doch für sie als Frauen nicht so vorteilhaft ist, wie das allgemeine Frauenwahlrecht.

Zum Schluß begeisterten sich die bürgerlichen Frauenwahlrechtlerinnen noch für die „nationale Verteidigungspolitik“, worüber eine Frau Martha Steinvil sprach. Diese Dame hielt es nur für eine Frage der Zeit, wann ein Krieg ausbrechen werde; Krieg müsse einmal kommen, und da wäre es notwendig das Nationalgefühl zu reinigen und zu heben. Die Rednerin, die nun mit ihrem Vortrag im Lande herumreisen will, erinnerte stark an die dänischen „Kanonenweiber“, meist Damen aus den höheren Gesellschaftsklassen, die dort für eine solche mordspatriotische „Frauenbewegung“ agitieren. Solange noch die Union und der Unionsstreik mit Schweden bestand, hatten die norwegischen Militaristen einen guten Vorwand für kriegerische Rüstungen, Festungsbauten und dergleichen; seitdem aber die Union auf friedlichem Wege gelöst, ein Friedensvertrag und eine neutrale Zone zwischen beiden Ländern geschaffen ist, sind die Wardepatrioten ganz auf leere Phantasieereien angewiesen, um das friedlich gesinnte Volk in kriegerischen Launen zu versetzen. Daß Frauenwahlrechtlerinnen den Schwindel mitmachen, ist ja um so trauriger.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Schöneberg, Montag, den 13. Juli, Neue Rathauskale, Reiningersstraße 8: Vortrag. Gemütliches Beisammensein.
Königs-Wusterhausen und Wildau, Montag, den 13. Juli, 8 Uhr, bei Wedhorn: Jahlabend. Vortrag: Genosse Kurt Heimig.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Streikbruch per Torpedo.

Fiume, 10. Juli. (W. Z. V.) Infolge des Aufstandes der Schiffsmannschaft der Ungarisch-Kroatischen Schiffsgesellschaft ist der Verkehr auf den Dalmatiner Linien und nach Ancona und Venedig eingestellt worden.

Fiume, 10. Juli. (W. Z. V.) Wegen des Streiks bei der ungarisch-kroatischen Schiffahrtsgesellschaft sind aus Pola mehrere Torpedoboote eingetroffen, um den Postdienst nach den Küstenstädten zu versehen.

Jugendgerichtshöfe.

München, 10. Juli. (W. Z. V.) Die Errichtung von Jugendgerichtshöfen in Bayern steht laut „Münchener Neuesten Nachrichten“ unmittelbar bevor.

Jonas Ries Beisehung.

Christiania, 10. Juli. (W. Z. V.) Die Beisehung des Dichters Jonas Ries fand heute hier unter außerordentlich starker Beteiligung statt. Der König hatte einen Vertreter entsandt. Im Gefolge waren zahlreiche Mitglieder der Regierung und des Storchings. Auch das diplomatische Korps sowie die Zivil- und Militärbehörden waren vertreten.

Eisenbahn-Anfälle.

Augsburg, 10. Juli. (W. Z. V.) Am Bahnhof Buchloe wurde der Münchener Wagenwärter Eichhorn vom Augsburger Schnellzuge erfaßt und getötet.

Winnipeg, 10. Juli. (W. Z. V.) Bei einem Zusammenstoß von zwei Personenzügen der Canadian Pacific-Eisenbahn in der Nähe von Medicine Hat wurden sieben Personen getötet und eine Anzahl verletzt.

Erdbeben.

Wie wir an anderer Stelle mitteilen, wurden vorgestern von der Erdbebenwarte Krieteren zwei Erdbeben registriert. Telegramme vom Freitag bestätigen die Richtigkeit jener Meldungen:

Orag, 10. Juli. (W. Z. V.) Heute früh 3.15 Uhr wurde in verschiedenen Gegenden Steyermarks ein ziemlich heftiges Erdbeben verspürt. In der Zeit von zwei Minuten wurden eine Reihe starker Erdstöße beobachtet.

Udine, 10. Juli. (W. Z. V.) Heute früh um 1 Uhr 30 Min., 3 Uhr 25 Min. und 7 Uhr 30 Min. wurden hier Erdbeben verspürt, von denen das um 3 Uhr 25 Min. sich durch einen großen Teil der Provinz erstreckte und in Cividale, Tolmezzo, Codroipo und Vestizza eine Panik hervorrief. Schaden ist nicht angerichtet.

Großbetrieb.

Frankfurt a. M., 10. Juli. (W. Z. V.) In Offenbach wurde der Schweinehändler Johann Wahl wegen Fälschung von vierzig Bescheinigungen verhaftet.

Eulenburg vor den Geschworenen.

In der Freitagvormittags-Sitzung waren mit Ausnahme des Grafen Kuno v. Moltke, der noch beurlaubt ist, die sämtlichen schon zu den früheren Verhandlungstagen geladenen Zeugen zur Stelle.

Nach immer Niedels Glaubwürdigkeit.

Der als erster Zeuge vernommene Oberlandesgerichtsrat Zehle ist ein alter Herr, der von seinem Sohn, dem Professor a. D. Zehle, zur Gerichtsstelle begleitet worden ist.

gewesen und mache, wenn er nicht aufgeregt sei, einen vernünftigen und Vertrauen erweckenden Eindruck.

Neue Anträge der Verteidigung.

Im Anschluß hieran stellte die Verteidigung den Antrag, den Stallhelfer Max Müller aus Feldafing als Zeugen zu laden.

Auf Befragen soll der Zeuge weiter ausgesagt haben, daß in den achtziger Jahren mancherlei über spiritistische und sexuelle Reigungen des Fürsten Eulenburg gesprochen worden sei.

Landgerichtsrat Schmidt

vernommen, der bekanntlich die ganze Voruntersuchung in dieser Strafsache geführt hat.

Kleines feuilleton.

Beamtenum und Entvölkerung in Frankreich. Frankreich ist das Dorado der Beamten, die hier geradezu wild wachsen, und das Land der niedrigen Geburtenziffer.

auch den Ernst wiederholt vernommen. Von Nidel soll er bekundet haben: er habe den Eindruck gewonnen, daß es Nidel ganz gleich sei, ob er etwas bekundet müsse, was zu seiner Ehre gereiche oder nicht.

Immer wieder Niedels Glaubwürdigkeit.

Aus der Freitagssitzung wird weiter mitgeteilt: Oberstaatsanwalt Dr. Zienbiel stellte den Antrag, die beiden Herren zu laden, die im Staedele-Prozess als Schöffen fungiert haben.

Landgerichtsrat Schmidt soll sich dann noch auf Befragen über verschiedene Ergebnisse der Voruntersuchung ausgelassen und an der Hand eines Planes und einer Reihe von Photographien die Situation des Wärm (Starnberger) Sees und der Wärm erläutert haben.

Der als Zeuge vernommene Klavierträger Johann Schömmel war 1887 im Wittelsbacher Hof in Starnberg als Hausdiener angestellt gewesen.

Klavierträger Johann Schömmel

war 1887 im Wittelsbacher Hof in Starnberg als Hausdiener angestellt gewesen. Er soll eine Geschichte erzählt haben, wonach der damalige Graf Eulenburg mit seiner Familie und in Begleitung eines anderen Grafen dort abgestiegen sei.

Wiener Gerüchte.

Als Zeuge wurde der Betriebsdirektor Schurig von einer hiesigen Zeitungsredaktion vernommen. Dieser soll in Wien gewohnt haben, als Fürst Eulenburg dort deutscher Votschafter war.

Eulenburgs Darlehen.

Es wurden dann mehrere Zeugen vernommen, die von der Verteidigung genannt waren und beweisen sollten, daß das Darlehen, welches der Zeuge Ernst vom Angeklagten erhalten, keinen Anlaß zu irgend welchem Verdacht gebe.

1000 Beamten nur 68 fünf Kinder haben, nur 20 sechs, nur 20 sieben bis neun und nur zwei die Höchstzahl zehn.

Die Hitze in New York. Aus New York wird berichtet: Seit einem Jahrzehnt haben die Oststaaten keine Sommerhitze erdulden müssen, die der furchtbaren Hitze gleichkommt, die in diesem Jahre Menschen und Tiere erschaffen löst und allein in New York in wenigen Tagen mehr als 30 Opfer gefordert hat.

Wionat, der seinerzeit Hoboist auf der „Hohenzollern“ war und vom Angeklagten mehrere tausend Mark zur Eröffnung eines Geschäfts in Bremen geliehen erhalten hat; ferner ein Friseur, der gleichfalls zur Eröffnung eines Geschäfts 5000 Mark geliehen bekommen hat.

Liebenberger Gerüchte.

Vernommen wurde auch der Amisvorsitzer Habemann aus Liebenberg, der seit über dreißig Jahren in Liebenberg anständig und schon bei dem Vater des Angeklagten in Diensten geblieben hat.

Es wurden dann einige Zeugen vernommen, die als Diener usw. im Haushalt des Fürsten angestellt waren.

Allgemeiner Fürsorge-Erziehungstag.

Der Allgemeine Fürsorge-Erziehungstag tagte am 8. und 9. Juli in Strahburg.

Der Leiter der Frankfurter Zentrale für private Fürsorge, Dr. Poligkeit, sprach über die Abhängigkeit des Erfolges der Zwangserziehung von einer Reform des Armen- und Strafrechts.

Gäben einst nur kriminalpolitische Motive zur Einführung der Fürsorge-Erziehung geführt, so sehe man die Frage der Erziehung jetzt tiefer, nämlich als ein soziales Problem an.

Durch bessere Zentralisation und Organisation der Aufsicht müssen Rechtsgarantien für die geschliche Ausübung der öffentlichen Armenpflege geschaffen werden.

Die Ausgestaltung der strafrechtlichen Behandlung der Jugendlichen fordert Reformen des materiellen Strafrechts der Jugendlichen, nämlich die Heraufsetzung der Grenze für die bedingte Strafmündigkeit auf das vollendete 14. Lebensjahr.

In der sehr angeregten Diskussion bestritt Dr. med. Hammer-Charlottenburg unter lebhaftem Widerspruch, daß Armut und Verwahrlosung je miteinander ursächlich zusammenhängen.

Welle des Verbrechens zu werden droht, denn die Untaten häufen sich von Tag zu Tag.

Humor und Satire.

- Zukunftsbild. „Wie kommt es, daß der Andrang zum Drachenstein ein so enormer?“ - „Ja, der Drachenstein ist die letzte Ruine, die noch nicht restauriert wurde!“

- Der Psychologe. Iphig Reigelbaum kommt zum Klassenvorstand seines Sohnes - erzählt aber nur ungenügendes. „Gott, mei' Morig“, bemerkt er darauf, „i' sog' Ihne, Herr Professor - er is a' genialer Kopf. Aber a' psychologische Behandlung verlangt er. Sollen Se ihn doch nix fragen, wos er nix weiß!“

- Kühnes Bild. Komponist (vor seine Oper selbst dirigiert, zu den Musikern): „Sie spielen diese Stelle nicht richtig. Hier muß der Zuhörer die Empfindung haben, als liege er in einer Dose in einer an zwei Palmen befestigten blauschwarzen Hängematte und werde vom Samum überrascht.“ (Fliegende Blätter.)

Notizen.

- Rochefort kann warten. Henri Rochefort, Lanternenmann unterm zweiten Kaiserreich und nunmehr patriotischer Rinderschreck, hat seit langem wieder einmal einen Biig gemacht.

- Wie weit eine Schwalbe wandert, dafür liefert eine in Meßleben bei Jöningen in der Schweiz gefangene Schwalbe ein Beispiel. Sie trug am Hals in einem ausgehöhlten Stiel Holunder einen Streifen Papier mit dem Namen und der genauen Adresse eines Spaniers sowie das Datum 25. August 1907.

**Jeder Arbeiter,
jeder Handwerker
sollte zur Arbeit**

die Lederhose Herkules tragen.
Unerreichte Leistungsfähigkeit.
Wein-Berlauf. Sehr starkes Leder in
praktischen grauen u. braunen Streifen,
auch einfarbig. Am Bund aus einem
Stück gearbeitet. Sehr feste Knapp-
nähte. Haltbarste Blot-Lochen.
Große Plüden umsonst.
Die Herkules-Hose **4 M. 50**
Monteur-Jacke „Edison“
schwarz oder rot **2 M. 65**
Monteur-Hosen „Edison“
schwarz oder rot **2 M. 25**
Wandwerker-Hosen **6 M. 50**
Wandwerker-Jacke **11 M. 50**
Wandwerker-Kittel **3,50, 2 M. 40**
Wandwerker-Kittel (braun) **3,50, 2 M. 75**
Weiße Lederhosen **4,50, 3 M.**
Kleider-Anzüge **7,25, 6,-, 5 M. 50**
Weiße Jacke für Feiler, Kellner,
Konditor, Köche usw.
Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn

Brückenstr. 11. Chausseestr. 29/30.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Haupt-Katalog gratis und franko.
Bei Bestellung von Hosen ist die
Hüftweite und die Schrittlänge, bei
Jacken und Kitteln die Brustweite
anzugeben. 35092*

Wahrend **Verboten!**

**Heute Sonnabend:
Gr. Mondscheinfahrt**

mit Militärkapelle. Abfahrt: Schillingbrücke nach
Restaurant „Fischerhölzer“, Nieder-Schöneweide.
Dort: **Großer Ball.** 4825
Abfahrt abends 9, 10, und 10 1/2 Uhr. — Hin und zurück a Person 50 Pf.

Von der Michaelbrücke
heute Sonnabend, **Große Mondscheinfahrt**
den 11. Juli:
mit Musik **Müggelwerder.** Darsicht großer Ball. 10 1/2-11 1/2 Uhr abds.
Preis hin und zurück 50 Pf.
Reederei G. Zachow.

Achtung! Kopenhagener Klubhaus Achtung!

Tel.: Amt III 2472. Kopenhagener Str. 74. Tel.: Amt III 2472
Allen Parteigenossen, Kollegen und Freunden zur Nachricht, daß ich obiges
Festkomitee vom Genossen **Hude** übernommen habe. Meine Räumlichkeiten sind
Saal, 100 Personen fassend, stehen den geehrten Gens. u. Vereinen
zu Versammlungen und Feiern stets zur Verfügung. 4895
Im Saal: **Gemüthlicher Familien-Abend.**
Speisen und Getränke in bester Qualität. — Um geneigten Zuspruch
bittet **Emil Schädle, Waltmarkt.**

Ausnahmepreise
für Lieferungen im Mai, Juni, Juli.

A. B. Koch

Kohlen-Groß-Handlung
gegründet 1893.
Haupt-Kontor und I. Geschäft:
Berlin O. 34, Broudergerstr. 16.
II. Geschäft: O. 17, Fruchtkstr. 13.
Preise für nur 10 Marken ab Platz
von 10 Str. an:
Prima la Halbsteine (bekannte
Marken). pr. Str. 87 Pf.
„Herbrand-Brickens“
pr. Str. 87 Pf.
„Anna od. Waldmannsheil“
pr. Str. 89 Pf.
„Pfanterstr.“ 91 Pf.
„la Diamant pr. Str.“ (110
bis 120 Stk.) 95 Pf.
„la Rufe o. W.“ pr. Str. 95 Pf.
„la Ruchroitz Cabot“ 2,20 M.
Kohle, Steinkohlen usw. zu den
billigsten Tages- und Konventions-
preisen. Anlieferung frei Keller je
nach Quantum pr. Str. 10-15 Pf.
mehr. — Bei Originalmagazin und
größeren Mengen verlangen Sie
meine Spezial-Offerte.

Achtung!

Bersende franco gegen Nachnahme
100 Stück Zigarren:
Unsere Jungens . . . 3,20 M.
Vorsterländer . . . 3,50
Rohden . . . 3,80
Natalie . . . 4,20
Carilla . . . 4,60
Donna Clara . . . 5,-
Eltreba . . . 5,50
Primas . . . 6,-
Senator . . . 6,80
Dandabell . . . 7,30
Umtausch gestattet. 4855*
Jos. Flick, Zigarrenfabrik,
Herzheim b. L., Pfalz.

Nathan Wand

129 Staliger Str. 129.
Die schönsten
Herren-Sommer-Paletots
und Anzüge **in neu**
Monats-Garderobe
sowie speziell
von Kavaliere getragene Sachen,
samt neu, für jede Figur passend,
speziell **Bauch-Anzüge** sind in
großer Auswahl stets zu staunend
billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand
129 Staliger Str. 129.
Hochachtungsvoll
Bitte auf Hausnummer zu achten.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
des 4. Berliner Reichstagswahlkreises.**

Sonntag, den 12. Juli 1908:

Sommerfest

in den Lokalen:
**Brauerei Friedrichshain. Kellers (Jnh. Freyer), Koppen-
straße 29. Alte Taverne, Stralau. Ludwigs Viktoria-
garten, Treptow, Köpenicker Landstraße. Mentos Volks-
garten, Lichtenberg, Röderstraße.**
In den vier erstgenannten Lokalen finden besondere Aufführungen und Sehenswürdigkeiten
statt, die reiche Unterhaltung bieten und die Gemüter erheitern werden.
Mentos Volksgarten: Auftreten der Harburger Sängers, sowie Spezialitäten und Schaustellungen.
In allen Lokalen erhält jedes Kind am Eingang einen Bon für Stocklaternen und Karussell.
In jedem Lokal **Konzert und Tanz.**
Preiskegelschieben und Feuerwerk bei Ludwig.
Die Kaffeeküche steht auch bei Kellers (Inh. Freyer, Koppenstr. 29) den geehrten Damen für
den Garten und die gesamten Räume zur Verfügung.
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anfang 4 Uhr. Billett 20 Pf. Das Komitee.

Den Parteigenossen des sechsten
Wahlkreises zur Nachricht, daß ich
Hellermannstraße 81
(Gde Grünthaler Straße) ein
Zigarren- und Zigarettengeschäft
eröffnet habe. 36572*
Um geneigten Zuspruch bittet
Oskar Hanke.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
Col I. Amt 3, 1239. Charitstraße 3. Col III. Amt 3, 1987.
Montag, den 13. Juli, abends 7 Uhr, in Graumanns Festsaal,
Raungr. 27: 119/1

**Versammlung
aller in der Schraubenbranche beschäft.
Arbeiter und Arbeiterinnen.**

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **Wuschel** über: Die Arbeiterbewegung einst
und jetzt. 2. Diskussion. 3. Erziehung zur Agitationskommission. 4. Ver-
bandsangelegenheiten.
Die Kollegen folgender Firmen sind ganz besonders eingeladen:
Stärke, Rosenthal, Dittich, Reicho, Butzko, Kühlo, Novier & Weiss,
Matley & Schulz, Lüben & Buhso.
Die Ortsverwaltung.

!!! Achtung!!!

Die Nebenstelle für **Charlottenburg** des
paritätischen **Arbeitsnachweises im Stein-
setzgewerbe** ist vom Sonnabend, den
11. Juli 1908, im Städtischen Arbeitsnachweis
Charlottenburg, Kirchstr. 16, von 8-9 1/2 Uhr
vormittags an eröffnet.
Die Ortsverwaltung. **J. A. C. Hauschild,**
Gormannstr. 28. 175/10

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung vieler
eleg. fertige Herren-Moden
Massenherstellung — feinste Verarbeitung.
Grosses Stofflager.
Bestklassige Schneiderwerkstatt im Hause.
Spezial-Geschäft für
Herren-Bekleidung
Kein Waren-Kreditkauf.
J. KURZBERG
Rosenthalerstrasse 40-41
(Nacktescher Markt) und
An der Jannowitzbrücke 1, 1
Bahnhof Jannowitz-
brücke.



Zuckerpreise steigen rapid!

Wer sich für die Lage des Zuckermarktes und für die in Aussicht
stehenden grossen Preissteigerungen — 50 bis 100 Prozent — interessiert,
besuche die von Kaufmann **Michael Proestler** in Würzburg, Herausgeber
der Broschüre:
Das Wirtschaftsabild der Gegenwart und der Zukunft
verfassten Flugblätter, die an Jedermann umsonst und portofrei
abgegeben werden.

**Zur Beleuchtung von Gärten
und Veranden**

Spiritus-Glühlicht
Lampen u. Brenner
vollkommen windsicher.
Centrale für Spiritus-Verwertung
Berlin NW. 7, Friedrichstr. 96, gegenüber dem Central-Hotel.
Illustrierte Preisliste kostenlos!

Sie werden springen



vor Vergnügen über das hässliche Geschenk, das dem Heilich-
sten Pulver „Goldperle“ heiligt. Jedes Paket ent-
hält eine Weissage. Man achte auf den Namen „Goldperle“.
Fabrikant: **Carl Gentner, Göttingen.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Todes-Anzeige.**
Am 7. Juli verstarb unser Mit-
glied, der Brauer
Ludwig Bauer
Stargarder Str. 3.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Sonnabend, den 11. Juli, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Gieselermann-Kirchhofes
in Nieder-Schönhausen aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
227/20 **Der Vorstand.**

**Zentralverband
d. deutschen Brauerei-Arbeiter.**
Berlin, Sektion I (Brauer).
Am 7. Juli starb nach langem,
schwerem Leiden unser lang-
jähriges Mitglied
Ludwig Bauer
im Alter von 42 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonnabend, den 11. Juli, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Gieselermann-Kirchhofes
in Nieder-Schönhausen aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
43/9 **Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
Bezirk Lichtenberg.**
Den Genossen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Korb-
macher
Karl Kuschke
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Sonnabend, den 11. d. M., nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Lichtenberger Friedhofes,
Bornitzstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
14/3 **Der Vorstand.**

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege, Bergelder
Gustav Böhm
am 9. Juli gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Sonnabend, den 11. Juli, nach-
mittags 3 Uhr, in Landsberg a. S.
statt.
Die Ortsverwaltung.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege, Korbmacher
Karl Kuschke
am 7. Juli gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Sonnabend, den 11. Juli, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Lichtenberger Gemeinde-
Friedhofes, Bornitzstraße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
86/19 **Die Ortsverwaltung.**

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege, Bergelder
Gustav Böhm
am 9. Juli gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Sonnabend, den 11. Juli, nach-
mittags 3 Uhr, in Landsberg a. S.
statt.
Die Ortsverwaltung.

Blitz-Schnell
kommt man mit der Hochbahn zu **Weingarten**, Gitschinerstr. 72,
Station im Hause. Haltestelle Brinzenstraße. Empfiehlt:
**1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,
1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,**
auch für corpulente Herren passend.
Dieselben sind von feinen Kavaliere und Reizenden, die nur einen
Kontak ihre Garderobe tragen. 4795
Fahrgehd wird vergütet. © Bitte auf Hausnummer zu achten.

**Der neueste Schlager
Manoli's
Dandy**

Herrenkleidung für 1 Mark
wöchentliche Teilzahlung, fertig und nach Maß liefert das bekannte
am
Versandhaus Berliner Herren-Moden, nur Stralauer Str. 28, Marktomarkt,
ohne Preisauflage. Verarbeitung haltbarer Stoffe unter Garantie für ladel-
losen Eig. Besuch mit Muster zu jeder Zeit. Nichtabgebotene Mahnjänge, Paletots
(Monatsgarderobe) werden nur im
Konsumhaus Frankfurter Allee 188, Ecke Müggelstraße,
zu spottbilligen Abnahmepreisen nur gegen Kassa verkauft. 1244*

Wo? machen wir am Sonntag
unsern Ausflug? Nach
Fickelwerder zum
Alten Freund.
Empfehle auch diesen Sommer mein Lokal zu Land- u. Wasserpartien.
36302*

Am 9. Juli starb unser lang-
jähriger Mitarbeiter, der Schrift-
leiter
Karl Mühl
im Alter von 60 Jahren.
Wir werden dem zu früh Ver-
storbenen ein ehrendes Andenken
bewahren.
**Vorwärts Buchdruckerei
und Verlagsanstalt
Paul Singer & Co.**

Allen Freunden, Bekannten und
Verwandten die traurige Nachricht,
daß mein innigstgeliebter Mann,
mein guter Vater, der Köstler-
händler
Christian Kubillius
(Doppelner Straße 11)
im 59. Lebensjahre nach kurzem,
schwerem Leiden am Mittwoch,
abends 10 1/2 Uhr, sanft ent-
schlafen ist.
Die Beerdigung findet am
Sonnabend, den 11. Juli, nachm.
3 Uhr, von der Leichenhalle des
Zentral-Friedhofes in Friedrichs-
felde aus statt.
Dies zeigen Hefbehräft an
Die trauernden Hinterbliebenen:
Ww. Emma Kubillius
nebst Sohn.

Dankjagung.
Für die vielen Beweise der Teil-
nahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes 4836
Karl Bergau
sage ich allen Verwandten, Freunden
und Bekannten meinen aufrichtigen
Dank. **Ww. Anna Bergau**
und Kinder.

Dankjagung.
Allen denen, welche bei der Be-
erdigung meiner lieben Frau
Johanna Geßner
geb. **Cammann**
solch herzliche Teilnahme bewiesen
haben, sowie für die reichlichen Kranz-
spenden sage ich hierdurch meinen
innigsten Dank.
36612 **Der betriebl. Gatte:
Adolf Geßner.**

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und Kranzspenden bei der
Beerdigung meines lieben Mannes
Paul Walter
sage ich allen Verwandten und Be-
kannten, dem Deutschen Metallarbeiter-
verband, der Zentral-Krank- und
Sterbefürsorge der deutschen Bogenbauer,
speziell den Beamten und Arbeitern
der H. S. G. Turbinenfabrik, meinen
herzlichsten Dank. 4846
Frau **Walter** nebst Sohn.

In neuer Auflage erschienen:
Glossen
zu
**Gyves Gnyots und
Sigismund Lacroix**
„Die wahre Gestalt des
Christentums“
von **August Bebel.**
Preis 90 Pf., bessere Ausgabe 75 Pf.
Zu beziehen durch: 246/10*
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 68
Lindenstraße 69, Laden.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGERSTRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Montag, den 13. cr.: Verkauf der

Sommer - Rest - Bestände!

Die Preise sind teilweise bis zur Hälfte reduziert

Unter Anderem:

India-Mull-Blusen reich m. Einsatz. 1 ⁰⁰	Waschanzüge für Knaben 75 Pf.	Wollmousseline Mtr. 45 Pf.	Echte Panamahüte Ecuador 3 ⁵⁰
Alpaka-Jupons 1 ⁵⁰	Waschblusen von 2-10 Jahren 45 Pf.	Seidenstoffe in viel. Must. u. Qualitäten Mtr. 95 Pf.	Zephyr-Oberhemden 2 ⁹⁰

Beachten Sie unser Sonntags-Inserat!



Warenhaus Hermann Levy

Brunnenstraße 59/60

6 Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen

Stralsunder Str. 12/13



Infolge der rückgängigen Konjunktur haben wir große Posten

Waren aller Art
ganz bedeutend unter tatsächlichem Werte erworben

Beginn Sonnabend,

Norden-Marken



Wir bringen diese, so lange Vorrat, zu unserer diesmaligen

90 Pfennig-Woche

zum Verkauf, und bieten hiermit

eine außergewöhnlich günstige Einkaufsgelegenheit den 11. d. Mts.

Eigene Marken

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Märkische Wanderfahrten. Ein- bis dreitägige Ausflüge in die Mark. Mit 10 Karten, 1,50 Mark. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Wandbleibhaus Schönhauser Allee 110. Spottbilliger Verkauf verfallener Wänder, Herrengarderobe, Gardinen, Aussteuerwäcker, Schmuckstücken, Betten, Teppiche, Uhren.

Stoppdecken spottbillig. Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 29838*

Bettdecken, Stand 11,00, große 16,00, Schlafdecken 1,15. Wandbleibhaus, Kältrinerplatz 7. 9108*

Teppiche! (sehrballe) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Gabelsberger Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

100 Ausflüge um Berlin mit 12 Illustrationen und 20 Karten, 1,50 Mark und 2.-Mark. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gebrodanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für fortpulente Figuren. Neue Garderobe zu Raumend billigen Preisen, aus Wandbleiben verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Nag. Kulackstraße 14.

Teppiche mit Farbenflecken, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre, Rauerhoff. Vormärtsstraße 6 Prozent Rabatt. 4396*

Wandbleibhaus! Hermannplatz 6. Allerbilligste Sommeranzüge! Gebrodanzüge! Sommerpaletots! Herrenhosen! Kleiderwäcker! Bettdecken! Wäcker! Kleiderverkauf! Ringverkauf! Wäckerverkauf! Kleidermaschinen! Gardinenverkauf! Sonntag ebenfalls geöffnet. 1109*

Bücher des deutschen Laufs. Eine Sammlung guter Erzählungen, Geschichten, Novellen usw. Gut ausgestattet, circa 300 Seiten umfassend, zum Teil illustriert und gebunden. 75 Pfennige pro Band. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Paletots, Monatsanzüge, wenig getragen, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugswelt, 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Fürstentell, nur Rosenhallerstraße 10. 265/19*

Gastofenhaus!!! Zwillingsgastofen! 3,00. Gefüllte Spargelgastofen! 5,00. Einlochgasgastofen! 6,90. Gasbügellampe! spottbillig! Gasbügellampe! 9,00. Gasbügellampe! 1 1/2. Dohlaer, Ballnertheaterstraße 32.

Humboldtbleibhaus. Brunnenstraße 58, Echhaus Stralsunderstraße. Spottbilligster Wäckerverkauf! Stauend billige Herrenanzüge! Bettdecken! Aussteuerwäcker! Gardinenverkauf! Stoppdecken! Wäcker! Goldene Damenuhren! Wanduhren! Möbelstücke. Sonntags geöffnet. 9708*

Kinderwagen, neu, bringend, 16,00. Wäcker, Exzerzierstraße 25.

Anzüge, Paletots nach Maß. Aus 1a Stoffen, Monats- und nicht abgeholt. Gutes Raumend billig. Nähmaschinen! Boh. Brunnenstraße 3, eine Treppe, am Rosenhallerort.

Nähmaschinen, gebraucht, in allen Systemen zu billigsten Preisen, schon von 10 Mark an. Bellmann, Gollnowstraße 26. 7978*

Kinderwagen, Sportwagen, Kinderbettstühle. Größere Raten Kaufpreis, zurückgekehrt, gebraucht spottbillig. Andreasstraße 53. 3268*

Monatsgarderobenhaus. Hoch-elegante Monatspaletots, einzelne Hosen, sehr preiswert nur Andreasstraße 54. 9728*

Wochenpaletots. Soße, Wäcker, Wocquet, spottbillig. Teppichhaus Emil Refosse, Dranienstraße 168.

Wandbleibhaus! Rixdorf, Bergstraße 48. Umständlich. Wandverkauf! Spottbilligster Bettdecken! Hochmoderne Sommerpaletots! Garderobe! Gebrodanzüge! Aussteuerwäcker! Gardinenverkauf! Stoppdecken! Wäcker! Teppichverkauf! Uhrenverkauf! Schmuckstücke! Nähmaschinen! Möbelstücke! Spottbillig!

Uhren, Goldwaren billigt Berner, Pappelallee 3. 8598*

Der Kleingarten, keine Anlage, Einteilung und Bewirtschaftung, von Max Hebbel. Preis 60 Pf. Expedition Lindenstraße 69, Laden.

Glossen zu Jules Guiton und Sigismund Lacroz. Die wahre Gestalt des Christentums, von August Bedel. Preis 75 Pf., billige Ausgabe 30 Pf. Expedition Lindenstraße 69, Laden.

Wie wird die Staatsangehörigkeit erworben? Ein Führer durch das Recht der Staats- und Reichsangehörigkeit, von G. Reims. Preis 25 Pf. Expedition Lindenstraße 69, Laden.

Wheblig's Kinderwagen, Bettstellen, allerbillig, Teilzahlung. Kottbuscherdamm 12a. 196/2*

Hochlegante Damenkleider aus fürstlichen Häusern spottbillig. Engels, Brunnenstraße 3. 4875

Symphonium verkauft Ketzner, Danzigerstraße 91, vorn II. 197

Geschäftsverkäufe.

Restoration preiswert sofort zu verkaufen. In Ertragen in der Expedition Petersburger Platz 4.

Nigarrenede billig veräußert. Schöneberg, Albrechtstraße 11, III.

Altes Eckofal zu verkaufen (Norden). Näheres Gändig, Pappelallee 33. 197

Gemüsegeschäft verkauft sofort Rixdorf, Elbstraße 1. 1109

Schankgeschäft veräußert Gollnowstraße 15. 140

Restaurant, große Fahrstiege, Laufgegend, umständlich sofort. Ausverkauf Webomstraße 10.

Möbel.

Teilzahlung. Möbelanrichtung, Stube und Küche, Anzahlung 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke 3 Mark an. Verkauft gewesene Möbel spottbillig. „Berolina“, Kahanierallee 49. 4626*

Wahagont Trumeau, Bettstellen, Tisch, Sofa 20,00, Matrassen, Kaminofen, Schafelouque, Rarmortelle, 22,00, Frankfurter Allee 129, Lager.

Möbel sowie ganze Wohnungs-Einrichtungen auf Teilzahlung bei geringer Anzahlung erhalten solide Leute in der Möbelfabrik August Krause, Schützenstraße 73/74. 9248*

Konkurrenzlos! Im Möbelhaus Köpenickerstraße 29, an der Köpenicker Brücke, stehen viele Wohnungs-Einrichtungen von 150 Mark an sowie einzelne Möbelgegenstände zum schmeißen Verkauf aus. Außerdem verbleiben gewesene Möbel weit unterm Wert, darunter Kleiderständer 24,-, Bettische 27,-, Ausziehtisch 15,-, Bettstellen mit Matrassen 19,-, Waschtiseltisch 20,-, elegante Tischensätze 44,-, Büfets 100,-, englische Bettstellen mit Matrassen und Kissen 39,-, Herrenschreibtisch 28,-, moderne Stühle in allen Farbenönen von 40 Mark an. Lagerung, Transport frei. Sonntags geöffnet. 196/1

Dringend Wohnungs-Einrichtungen billig. Rixdort, Köpenickerstraße 15, Wägenstraße 4, Bettische mit Matrassen 18, Garderobenschrank 38, Herrenschreibtisch 48, Ruhebett 20, Tischensätze 45, Waschtiseltisch 20, Waschtisellen, englische Bettstellen mit Herdboden 38, Säulenschrank, moderne Küchenschränke, Verzugtisch, Lederstühle 9. Auch Teilzahlung, Transport Berlin und Vororte frei. Neue Köpenickerstraße 29, nahe Alexanderplatz.

Fahrräder. Teilzahlungen. Fahrradstr. 20 Elbstraße 40. 3208*

Fahrräder. Grammophone, Teilzahlungen, ohne Aufschlag, Lohringerstraße 40. 6748*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36b. 9778*

Wäckerdreirad, äußerst stabil, 50,00. Holz, Blumenstraße 36b.

Herrenfahrrad, nagelneues, Garantiefahrer, Frankreichswegen jeden Preis Exzerzierstraße 25, III links.

Fahrräder! Tausende Lagerbestand. Teilzahlungen preiswürdig. Hauptkatalog, 50 Prozent Rabatt, umsonst. Fahrradzubehör. Engrospreise. Verkauf direkt Fabrikgebäude. Multiple, Köpenickerstraße 15.

Herrenfahrrad, hochlegant, jeden Preis, Domheimerstraße 40, vorn II geradezu. 1150

Herrenfahrrad, hochlegant, 38,00, sofort Panfstraße 45, parterre rechts.

Fahrrad, Neue Schönhauserstraße 1a, II. 1150

Patentanwalt Bessel, Köpenickerstraße 94a. 26558*

Lehrer die Rittersprache beherrschend! Erfolgreich, leicht lachliche Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissener Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Günstige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vormärts“ zu richten.

Kunstkopiererei von Frau Kolditz, Schlachtenfer, Kurstraße 8, III.

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge 15,00. Wagner, Schneidermeister, Lichtbergerstraße 9, 142/17*

Platinabfälle, Gold, Silber, Gebisse, Krongold, Gefährten sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Rückstände kauft Goldschmelze Köpenickerstraße 29. Telefon IV, 6958.

Ungeleitet: Vermittlung besorgt tabellos (schnell und billig die Kammerjäger-Zeitung* Schöneberg-Berlin. Feinste Referenzen. 9278*

Gewerblicher Schlichter jetzt Rixdort, Köpenickerstraße 25, Rixdorf, Gustav Schüttler.

Berliner Volksblatt 1884-1890 für Archivar zu kaufen gesucht; auch einzelne komplette Jahrgänge hieron. Buchhandlung Vormärts, Lindenstraße 69, Laden.

Büchermacher zur Fabrik-erweiterung mit event. Beteiligung gesucht. Offerten H. 1 an die Expedition dieser Zeitung. 4788

Vermietungen. Wohnungen. Prachtige Ein- und Zweizimmerwohnungen sofort Köpenickerstraße 32/34.

Umzugsvergütung! Billige Wohnungen Rixdorf, Weigand-Über 10. *
Goldenerstraße 9, 2 Stuben, Küche, Balkon, Stube, Küche, Balkon, billig, bei Stender.

Goldenerstraße 8, 2 Stuben, Küche, Balkon, Stube, Küche, Balkon, billig, bei Sanna!

Grünhallerstraße 42, 2 Stuben, Küche, Balkon, Stube, Küche, Balkon, billig, bei Stange.

Kleine Wohnungen, Stube, Küche, sofort und später zu vermieten Köpenicker Über 5. 3625*

Zimmer. Günstig möbliertes Zimmer separat, mit Kasse 15 Mark. Bitte Nahlbaum, Kottbuscherstraße 37. 131

Schlafstellen. Logis, Woche 3 Mark mit Kasse, Wäckerhausenerstraße 11 IV. 4808*

Möbliertes Schlafstelle vermietet Ketzner, Danzigerstraße 91, vorn II.

Mietsgesuche. Möbliertes Zimmer sucht unabhängiger Handwerker, 20. Ausländer, bei kinderloser Familie. Offerten mit Preisangabe P. 123, Postamt 36.

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Wäcker Schlichter bietet um Arbeit. Stelle werden abgeholt und zurückgeliefert. H. Wäcker, Rixdort, Köpenickerstraße 27. 14688

Stellenangebote. Ein tüchtiger Leistungsbereiter nach Sofa gesucht, wöchentlich ledig oder nicht zu große Familie. Lohnanspruch; Reise wird vergütet. Offerten unter „G. 1“ Expedition dieser Zeitung. 4788*

Potenfräulein finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Köpenickerstraße 56/57 I. 142/16*

16. Verbandstag des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen.

München, 9. Juli.

Der Verbandstag votierte zum Vorstandsbericht folgende Resolution:

Der 16. Verbandstag hat aus der Diskussion bezüglich der Anstellung der Hilfsbeamten im Hauptbureau die Ueberzeugung gewonnen, daß die von einzelnen Mitgliedern der Zahlstelle Hannover gegen den Hauptvorstand gerichteten Angriffe jeder Berechtigung entbehren. Die Delegierten mißbilligen daher diese auf Zwiespalt gerichteten verwerflichen Bestrebungen und erklären sich mit der Tätigkeit des Vorstandes einverstanden.

Die Mittwochssitzung, bei der die Öffentlichkeit ausgeschlossen war, beschäftigte sich mit der Genossenschaftsbrauerei Augsburg. Der Verbandstag sprach sich mit allen gegen zwei Stimmen für die Maßnahmen des Vorstandes und des Ausschusses aus und bewilligte die Mittel zur zweckentsprechenden Fortführung des Betriebes.

In der Donnerstagsitzung wird die Diskussion über den Bericht vom Gewerkschaftskongreß

Bericht vom Gewerkschaftskongreß

fortgesetzt. Hauptvorsitzender Schl. Hannover stellt fest, daß seitens der Brauer bisher der Vorkott nur in den äußersten Fällen angewendet wurde. Er persönlich sei kein Freund des Vorkotts und habe immer davon abgesehen. (Hört!) In vielen Fällen aber wurde der Hauptvorstand von den Kartellen zu Vorkott förmlich gedrängt! (Hört!) Was die Grenzstreitigkeiten betrifft, kommt es uns nicht darauf an, ein Mitglied mehr zu haben, sondern darauf, daß dieses Mitglied mit uns arbeitet. Wir sind wohl damit einverstanden, daß uns die Funktionäre das Material senden, verzichten aber in Zukunft darauf, mit dem „Courier“ zu polemisieren, weil wir der Öffentlichkeit nicht das Schauspiel bieten wollen, daß unter den Gewerkschaften eine derartige Uneinigkeit besteht. Der Hauptvorstand wird nichts unversucht lassen, eine Einigung und Verständigung mit den in Betracht kommenden Gewerkschaften herbeizuführen.

Es folgt hierauf das Referat über die Verschmelzung zu einem

Bericht der Arbeiter der Lebens- und Genussmittelindustrie.

Referent G. H. Würzburg meint, die Entwicklung der Organisationen sei der Schatten der Entwicklung der Großindustrie. Diese Entwicklung zeige den Organisationen, welchen Weg sie in Zukunft zu gehen haben. Der Gedanke der Verschmelzung der Organisationen der Nahrungs- und Genussmittelbranche zu einem Industrieverband sei nicht neu. Die Frage habe schon 1894 den Gewerkschaftskongreß in Halberstadt beschäftigt, eine einige Zeit später in Hannover abgehaltene Konferenz der in Betracht kommenden Organisationen hatte sich mit 20 gegen 2 Stimmen für die Verschmelzung im Prinzip erklärt. Dagegen waren damals nur die Vertreter der Brauer und Konditoren. Redner weist darauf hin, daß auch die Mitglieder des Brauereiarbeiterverbandes durch Abstimmung im Prinzip sich für die Verschmelzung erklärt haben. Die Kämpfe in Rheinland-Westfalen haben gezeigt, wohin der Weg geht. Als Charaktersitzung ist zu konstatieren, daß die Unternehmerorganisationen in der letzten Zeit immer mehr dazu kamen, ihre Vertretung Rechtsanwälten zu übertragen. Dadurch, daß diesen jeder Einbild in unsere Berufe fehlt, werden immer mehr Reibungsflächen geschaffen und die Kämpfe immer schwieriger. Die Sympathie für die Verschmelzung hat in den letzten Jahren unter den Mitgliedern der beteiligten Organisationen zugenommen. Durch die Ausbreitung des Scharfmachertums werden für die Organisationen immer neue Reibungsflächen geschaffen. Redner verbreitete sich hierauf über die Mitgliederstärke und die Jahreseinnahmen der beteiligten Organisationen und beklagt, daß unter diesen Organisationen keinerlei Zusammenhang besteht. Bei der Entscheidung der Frage dürfe man sich nicht von Idealen und Prinzipienreitereien leiten lassen, sondern man müsse sich die Frage vorlegen: bringt eine Verschmelzung Nutzen für die beteiligten Organisationen? Bei einer Verschmelzung könne man die Kämpfe mit größerer Ruhe aufnehmen, weil immer ein Teil kampffrei sei und für die Mittel sorgen kann. Man solle nicht erst warten, bis sich das Scharfmachertum mehr ausbreitet und sich immer neue Nachmittels verschafft hat, sondern man solle zeitigen dagegen Maßnahmen treffen. Das Grundprinzip der Verschmelzung sei, daß man bei Kämpfen und Abwehr sich gegenseitig die Hände reicht. Redner schlägt zum Schluß eine feierliche Ausführungen entsprechende Resolution vor.

Der Korreferent Wittich-Frankfurt a. M. erklärte eingangs seiner Ausführungen, daß er kein prinzipieller Gegner von Industrieverbänden sei. Doch müssen die Voraussetzungen zu einer Verschmelzung erst gegeben sein, bevor er seine Zustimmung gebe. Redner verbreitet sich darauf über die Gesichtspunkte, die für den Holz- und den Metallarbeiterverband maßgebend waren für ihre jetzige Organisationsform. Die Ausschaltung des Kleinbetriebes und die Einführung der Teilarbeit bräde die einzelnen Organisationen unter sich in ein Abhängigkeitsverhältnis, das naturgemäß zum Zusammenschluß dieser Organisationen zu Industrieverbänden führe. Solche Verührungspunkte und ähnliche Abhängigkeitsverhältnisse sind bei den Bäckern, Metzger, Konditoren und Brauereiarbeitern gegeben. Notwendig sei es, alle Arbeiter der Brauereindustrie in einer Organisation zu vereinigen. Wenn gesagt wird, daß unsere Organisation keinen Einfluß hat innerhalb der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung, so mag das darauf zurückzuführen sein, daß wir zuviel gefündigt und anfangs zuviel gepöhlert haben mit dem Vorkott. Damit haben wir uns im Gegensatz zur Arbeiterschaft gestellt. Darauf dürfe auch die Antipathie zurückzuführen sein. Bei der Verschmelzung zu einem Lebensmittelindustrieverband müßten für die einzelnen Berufe Sektionen gegründet werden, was nicht zur Verbilligung des Verwaltungsapparates beitrage, ebenso würde auch die Agitation nicht einfacher und billiger werden. Die Verschiedenartigkeit der Berufe erschwere die Agitation; ebenso würden Schwierigkeiten bei Unterhandlungen mit dem Unternehmertum sich ergeben. Er sei mit Genossen Baeploz einig, der in Hamburg sagte, daß die bisher bestehenden Industrieverbände nicht das gebracht haben, was man von ihnen hoffte. Weit wichtiger sei es für die Gewerkschaften zunächst, mehr Einfluß in politischer Beziehung zu bekommen. Redner beantragt, die Verschmelzung zurzeit abzulehnen.

In die Ausführungen des Referenten und Korreferenten knüpfte sich eine lebhafte Debatte.

Ein Antrag, über die beiden Resolutionen und über den Gegenseitigkeitsvertrag namentlich abzustimmen, wurde angenommen. Die Resolution des Referenten G. H. Würzburg wurde mit 48 gegen 23 Stimmen abgelehnt und folgende, von Wittich-Frankfurt a. M. vorgeschlagene Resolution mit dem gleichen Stimmenverhältnis angenommen. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Der Verbandstag erklärt sich im Prinzip für die Gründung von Industrieverbänden. Da der Zusammenschluß einzelner Berufsgruppen zu Industrieverbänden aus Zweckmäßigkeitsgründen geschieht, so kann nur dort der Zusammenschluß befürwortet werden, wo durch die technische Entwicklung die eine Berufsgruppe in das Abhängigkeitsverhältnis der anderen gebracht wird.“

In Anbetracht dessen, daß in den Berufen der Bäder, Metzger, Müller und Brauereiarbeiter die Verührungspunkte, welche andere Organisationen zum Zusammenschluß geführt haben, nicht vorhanden sind, ist vorläufig keine Notwendigkeit

zum Zusammenschluß dieser Berufsgruppen gegeben.

Es beschließt deshalb der 16. Verbandstag zu München, von einer Verschmelzung der Organisationen der Bäder, Metzger, Müller und Brauereiarbeiter vorläufig Abstand zu nehmen, weil die Voraussetzungen für den Zusammenschluß fehlen.“

Der vorgelegte Entwurf eines Gegenseitigkeitsvertrages mit den obengenannten Verbänden wurde durch Stimmengleichheit abgelehnt.

Ein Antrag Karlsruhe: Der Hauptvorstand wird beauftragt, die Gründung eines Industrieverbandes in die Wege zu leiten. Er hat aber dafür zu sorgen, daß bei allen beteiligten Verbänden zuerst eine Urabstimmung stattzufinden hat und nur diejenigen Verbände zugelassen werden, bei welchen sich zwei Drittel der Mitglieder dafür erklären.

Es folgt hierauf die Generaldebatte über die auf Abänderung des Statuts betreffenden Anträge bezüglich die Einführung von Staffelleistungen und Regelung der statutarischen Unterstufungsstufe.

München, 10. Juli. (Privatbesuche des „Vorwärts“.) Dem Brauer-Verbandstag liegt ein Antrag vor, den Sie nach Berlin zu verlegen. Der Antrag ist von 40 der 66 Delegierten unterschrieben. Die Verlegung ist sicher.

Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Sonntag, den 12. Juli: Ausflug mit Familie nach Restaurant Heidekrug, Kiefernallee, Station Köpenick. Abfahrt 9.45 vom Stadtbahnhof Alexanderplatz. Für Nachzügler Treffpunkt in Heidekrug.

Schöneerlände, Schönwalde (Bezirk Rantow). Sonntag, 12. Juli, nachmittags 4 Uhr, findet in Schöneerlände bei Sperries eine öffentliche Tagesversammlung statt. Tagesordnung: 1. Zur Geschichte des Landpostverkehrs. Referent: Genosse Dr. Max Schütte. 2. Diskussion.

Rantower Genossen und Genossinnen, die an der Versammlung teilnehmen wollen, werden ersucht, sich am Bahnhof Rantow-Schönhausen einzufinden. Abfahrt nach Buch 2 Uhr 17 Minuten.

Ober-Schönweide. Dienstag, den 14. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Dobschlag, Kaiserstraße, die Generalversammlung des Wahlvereins statt.

Berliner Nachrichten.

Chauffeurschulen.

Seitdem im öffentlichen und privaten Fuhrwesen der Betrieb mittels Pferden immer mehr zurückgedrängt wird durch mechanische Betriebskraft, durch Automobile, hat sich natürlicherweise auch ein größeres Bedürfnis nach Führern dieser sogenannten Kraftfahrzeuge herausgestellt, und um dieses Bedürfnis zu befriedigen, sind Fahrschulen eingerichtet worden, die teils von den Verfertignern der Fahrzeuge, mehr noch aber von geriffenen Privatleuten unterhalten werden. Nach uns gewordenen Mitteilungen liegt diesen Unternehmungen in den meisten Fällen weit weniger an der Ausbildung der Fahrer, der Chauffeurs, als an dem Gelde, das die Schüler dieser sogenannten Chauffeurschulen „nicht zu knapp“ bezahlen müssen. Tagtäglich begegnen wir in den Zeitungen Inseraten dieser vielversprechenden Institute, in denen es beispielsweise heißt:

„Automobilfahrer. Jedermann wird kürzestens unter sachmännlicher Leitung zu tüchtigen Chauffeur mit gediegenen theoretischen und praktischen Kenntnissen herangebildet. Stellenachweis.“

Oder in noch mehr versprechender Form:

„Erste Chauffeurschule. Leute, die den gut bezahlten Chauffeurberuf erlernen wollen, werden auf mehreren Systemen von behördlich geprüften Lehrkräften theoretisch und praktisch zum tüchtigen Automobilfahrer ausgebildet. Auch Abendkurse. Garantiert kostenloser Stellenachweis.“

Daß auf derlei Versprechungen viele hineinfallen, ist selbstverständlich, sonst würden jene schlauen Unternehmer ihr Geld für die Zeitungsinserate sicherlich sparen. Ueber den Charakter dieser Schulen mögen folgende Einzelheiten dienen: Zunächst werden 25, ja 40—50, ab und zu bis in die hundert Mark Honorar verlangt, je nachdem sich der Lernbegierige abknöpfen läßt. Aber er irrt, wenn er glaubt, mit dem Zahlen zu Ende zu sein. Er muß noch 15 Mark für die „theoretische“ Ausbildung extra blechen, auch ein Buch zum gewiß nicht billigen Preise von 5 Mark sich anschaffen. Alle diese „Kleinigkeiten“ müssen natürlich vorausberichtigt sein, mindestens aber zum größten Teil, ehe der Gläubige oder „Schüler“ das vielversprechende Institut mit „Reparaturwerkstatt“ und die „Autos verschiedener in- und ausländischer Systeme“ zu sehen bekommt.

Daß die Werkstatt gar nicht dem Schulleiter gehört, vielmehr einem fremden Schlossermeister oder dergleichen, kommt häufig vor. Die Autos sind alte Kasten, neue läßt man den Lehrling nicht bestiegen. Die Ausbildung, an der bis zu achtzig Schüler teilnehmen, geschieht, wie uns mitgeteilt wird, oft nur durch einen einzigen Chauffeur, der von früh bis spät auf dem Marktplatz sitzen muß. Ein weiterer Trick ist auch noch der, daß, um Benzin zu sparen, die Wagen tagelang betriebsunfähig gehalten werden. Ein Fall aus allerletzter Zeit: Ausbildungen waren 60 M. Lehrgeld und sieben Wochen Lehrgeld; in dieser ganzen Zeit hatte der Schüler nur fünfmal Gelegenheit, 10—15 Minuten zu fahren. In einem anderen Falle genügt es schon 16 Tage, um auszulernen. Und das nennt sich praktische Ausbildung. Die „theoretische Ingenieurausbildung“ nun gar soll gewöhnlich nur eine Stunde pro Woche betragen, wie uns ein Interessent mitteilt, an manchen Schulen allerdings auch mehr. Aber häufig genug läßt sich der Herr Ingenieur gar nicht sehen, so daß seine Schüler sehen können, wie sie sich die Zeit vertreiben. Bei der oft sehr großen Zahl ist es dem einzelnen Schüler äußerst schwer, aufmerksam zu folgen und alles richtig zu verstehen.

Hat der Chauffeurschüler dies alles hinter sich, wird durch einen Zivilingenieur die „Prüfung abgenommen“, die meistens bestanden wird; das kostet wieder fünf Mark, abgesehen von dem Trinkgeld für den Lehrer. In einem mit einer Mark bewerteten Zeugnis wird endlich dem nun „ausgebildeten“ Chauffeur bescheinigt, daß er die Schule „mit Erfolg besucht hat“ und „theoretisch und praktisch ausgebildet“ ist. Er sucht jetzt Stellung und muß zu seinem Schrecken gewahr werden, daß auch dieser neuzeitliche Beruf bereits an Ueberproduktion leidet; Hunderte mit ihm warten auf den verheißenen „kostenlosen Stellenachweis“. Nur längere Zeit

gefährnere Leute“, so heißt es überall, könne man gebrauchen, und der Reuling kriecht bald darauf irgendwo anders unter, der als so lohnend beschriene Chauffeurberuf ist ihm verleidet, das Lehrgeld nutzlos fortgeworfen. Die paar gut bezahlten Stellen, die etwa heute noch vorhanden sind, werden mit solchen jungen Chauffeurs nicht besetzt, ihnen bietet man 75 Mark monatliches Gehalt an.

Bei diesem Ueberangebot im Chauffeurberuf fischen natürlich auch wie überall profitgierige Agenten im Trüben, und mancher arme Teufel hat diesen Vampyren seine letzten Groschen hingeworfen. Im „Courier“, dem Gewerkschaftsorgan der Transportarbeiter, finden wir einen Fall verzeichnet, wo nicht weniger als 50 Mark Honorar für Nachweis freier Stellen verlangt werden.

Unsere vorliegende Darstellung des Chauffeurschul-Untwens erschöpft den Gegenstand nicht völlig, trägt aber hoffentlich dazu bei, daß nicht mehr allzu viele auf die reklamhaften Inserate hineinfallen. Es wird da viel versprochen, nachher aber nicht gehalten. Die Behörden hätten Ursache, dem wucherischen Treiben dergartiger Institute mit aller Schärfe auf die Finger zu zeigen, einmal im Interesse vieler kleinen Leute und dann im Interesse der Verkehrssicherheit in den Straßen. Es bedarf doch keines weiteren Nachweises, daß auf diese oberflächliche Weise ausgebildete Personen beim besten Willen gar nicht in der Lage sind, den Chauffeurberuf auszuüben, bei Verwertung ihrer erlangten Kenntnisse aber zweifellos die Verkehrssicherheit arg gefährden können.

Der diesjährige Ferienverkehr auf den Berliner Fernbahnhöfen hat nach den amtlichen Feststellungen den vorjährigen an Umfang übertraffen, wie die nachstehenden Zahlen (denen die vorjährigen zum Vergleich in Klammern beigelegt sind) erkennen lassen. Der Verkehr setzte bereits am 3. Juli, Freitag, ein mit einer Anzahl von 49987 (45669) verkauften Fahrkarten, erreichte den Höhepunkt am 4. Juli, Sonnabend, mit 75658 (60109) Fahrkarten und ging am 5. Juli, Sonntag, zurück auf 56214 (50019), am 6. Juli, Montag, auf 50353 (49255) und am 7. Juli, Dienstag, auf 37844 (33637) Fahrkarten. In diesen fünf Tagen verließen also Berlin mit den Fernzügen zusammen 270006 (247689) Personen. Auch der Gepädkverkehr hat gegen das Vorjahr an Umfang bedeutend zugenommen. Es wurden abgefertigt: am 3. Juli 24126 (21700), am 4. Juli 23576 (17759), am 5. Juli 14100 (12375), am 6. Juli 14813 (13011) und am 7. Juli 12140 (10590) Gepädstücke. Zur Bewältigung dieses Massenverkehrs wurden außer den fahrplanmäßigen Zügen 46 Ferien-Sonderzüge und 228 Vor- und Nachzüge abgelassen; davon entfielen auf den 3. Juli 59 und auf den 4. Juli 98 Züge. Auf die einzelnen größeren Bahnhöfe verteilte sich der Verkehr wie folgt: Stettiner Bahnhof 91499 Fahrkarten (30907 Gepädstücke), Anhalter Bahnhof 47085 Fahrkarten (25549 Gepädstücke), Lehrter Bahnhof 30555 Fahrkarten (9265 Gepädstücke), Schlesischer Bahnhof 25811 Fahrkarten (8110 Gepädstücke), Friedrichstraße 23615 Fahrkarten (9297 Gepädstücke), Berliner Bahnhof 21530 Fahrkarten (5949 Gepädstücke), Potsdamer Bahnhof 18250 Fahrkarten (8401 Gepädstücke), Zoologischer Garten 15426 Fahrkarten (5565 Gepädstücke), Alexanderplatz 14879 Fahrkarten (3487 Gepädstücke), Charlottenburg 10704 Fahrkarten (2319 Gepädstücke) usw.

Ein nichtwürdiger Substanz

ist gestern an zahlreichen Arbeitslosen verübt worden. In gestriger Nummer der „Morgenpost“ war folgendes Inserat zu lesen:

„20 Arbeiter zum Möbeltransport sucht sofort Dr. Girschberg, Luitpoldstraße 4, parterre. Meldung vormittags 8—9.“

Auf dieses Inserat hin eilten gestern früh noch lange vor der angegebenen Zeit viele Arbeitslose nach der Luitpoldstraße, um ihre Dienste anzubieten und einige Mark zu verdienen. Die Zahl der sich Meldenden belief sich auf mehrere Hundert. Dr. Girschberg, der noch schlief, wurde geweckt und stammte ob der Massenversammlung. Es stellte sich heraus, daß G. kein Inserat erlassen hatte und daß irgend ein „guter Freund“ sich mit dem Doktor einen sribolen Scherz erlauben wollte. In Wirklichkeit ist ein solches Verfahren, durch das arme Arbeitslose genarrt werden, nicht scharf genug zu brandmarken; es ist eine ganz elende Nichtswürdigkeit und Schuftigkeit.

Bemerk sei, daß schließlich die Polizei erschien, um die Massenansammlung zu zerstreuen. Wie uns mitgeteilt wird, hat sie sich bei dieser Gelegenheit sehr verständig benommen.

Der vertagte Zweckverband. Unter dieser Spitzmarke wird zu der Vertagung der letzten Konferenz in Sachen der Uenderung einiger Paragraphen des Statuts für den Verkehrszweckverband geschrieben: „Die Drtschaften können sich wegen der Untergrundbahn nicht einigen. Wilmersdorf hat seinen Plan für sich usw.“

Als ob das nötig wäre! Es handelt sich doch nur um eine allgemeine Verständigung über die Prinzipien, die Geldfrage läßt sich von Fall zu Fall regeln. Aber es ist wohl noch viel Krähwinkel in Groß-Berlin.“

Wir können dazu mitteilen, daß die letzte Konferenz von Vertretern der beteiligten Kommunen nur schwach besucht war. Die weiteren Verhandlungen mußten vertagt werden, weil fast sämtliche Vertreter beurlaubt waren. Erst nach ihrer Rückkehr können die Verhandlungen wieder aufgenommen werden. Andere Gründe zur Vertagung lagen nicht vor.

Das Gewitter, das am Donnerstagnachmittag über Berlin hinwegzog, hat an mehreren Stellen Schaden durch Ueberflimmungen und Blitzschlag verursacht. Unter anderem wurde in Treptow die elektrische Leitung der Siemensbahn an der Köpenicker Landstraße vom Blitz getroffen und eine Telefonleitung zertrübt. In Wandlitz schlug der Blitz in die erst kürzlich vollendete Villa „Heimchen am Herd“, die in der unmittelbaren Nähe der drei heiligen Puhle erbaut worden ist. Im Tiergarten wurde eine alte Eiche vom Blitz arg mitgenommen. Die Rinde wurde von oben bis unten zersplittert und mehrere starke Äste abgebrochen.

Gerabgekehrte Kokspreise in städtischen Gasanstalten. Es wird bekannt gegeben: „Im letzten Winter wurde darüber Klage geführt, daß von einigen städtischen Gasanstalten in Berlin nicht immer Koks zu haben sei. Es wird jetzt darauf aufmerksam gemacht, daß zurzeit auf allen städtischen Gasanstalten Koks vorräte vorhanden sind und zu billigen Preisen Koks abgegeben wird. Wer jetzt die Gelegenheit benützt, kann vorteilhaft einkaufen und kommt im Winter nicht in Verlegenheit.“ Das heißt, wer das Geld zum Einkaufen hat.

Die Frequenz der neuen städtischen Straßenbahn Stettiner Bahnhof-Landsberger Allee entwickelt sich in recht erfreulicher Weise. Die Wagen sind gut besetzt, zeitweise sogar derart, daß die Fahrgäste auf die nächsten Wagen warten müssen.

Die verbrannten Reste eines neugeborenen Kindes, die in einem Ofen entdeckt wurden, haben jetzt zur Verhaftung einer Arbeiterin Dr. geführt, die sich zurzeit in Potsdam aufhält. Die Dr. hatte bis zum 1. Juli eine Stube in der Voigtstraße zu Berlin bewohnt. Als gestern abend der Ofen dort gereinigt werden sollte, fand man die Reste verbrannter Knochen und den Schädel sowie

andere Mitgliedern eines neugeborenen Kindes vor. Das Mädchen soll am Mittwoch vor Pfingsten geboren haben. Man nimmt an, daß es die Leiche ihres mütterlichen Vaters zur Welt gekommenes Kindes durch Verbrennen zu beseitigen versucht hat.

Durch die Explosion eines Sprengkörpers wurden in der vergangenen Nacht die Passanten und Bewohner der Langen Straße in Aufregung versetzt. Gegen 11 1/2 Uhr explodierte in einer Fensterbank der im Keller des Vorderhauses Lange Straße 42 belegenen Wohnung der Witwe Minna Fischer, geb. Windemann, ein Sprengkörper mit weißem hölzernen Knaul und durchschlag den Fensterrahmen sowie die Fensterscheibe. Personen sind glücklicherweise nicht verletzt worden. Der Körper bestand aus einem etwa 15 Zentimeter langen, sehr starken Gestränge, das mit Pulver gefüllt war. Dieses ist durch eine Zündschnur zur Entzündung gebracht worden. Der Täter konnte bisher nicht ermittelt werden, doch richtet sich der Verdacht gegen einen früheren Schulfreund der Witwe Fischer.

Der Polizeibericht meldet: Gegenüber dem Grundstück Mahlsdorf 1 nahe der Kolonnenstraße wurde gestern nachmittags die Leiche des 41 Jahre alten früheren Bauarbeiters August G. gelandet. Die benachrichtigte Ehefrau erklärte, daß sich ihr Mann am Sonntagabend aus der Wohnung entfernt habe und nicht wieder zurückgekehrt sei. Er habe gesagt, er könne die hohen Steuern nicht bezahlen und werde sich das Leben nehmen.

Ein blutiger Raubfall ist in der vergangenen Nacht auf dem Gesundbrunnen verübt worden. Der 35 Jahre alte Kaufmann Max Bernstein hatte vor kurzem ein Geschäft in Charlottenburg gehabt. Vor 14 Tagen verkaufte er es und zog nach der Wittmannstraße 17. Gestern Abend hatte er Bekannte besucht und nachts machte er sich auf dem Heimweg. In seiner Geldtasche führte er 2000 M. bei sich. Als er in der Wittmannstraße die Haustüre aufschließen wollte, stellte sich ihm eine rotte junge Person in den Weg. W. hat sich Platz aus, doch kaum hatte er den Rucksack geholt, so fielen die Knodden wie auf ein verabredetes Zeichen über ihn her und schlugen ihn nieder. Mit Schlagringen und Stöcken bearbeiteten die rötlichen Wesen ihr wehrloses Opfer. Auch mit Fußtritt wurde W. traktiert. Die gefährlichen Verbrechen versuchten nun, dem Ueberfallenen die Geldbörse aus der Tasche zu ziehen, doch W. hielt krampfhaft die Tasche mit den Händen zu. Als auf seine Hilferufe ein Schutzmann hinzukam, ergriffen die Täter die Flucht. Einer von ihnen konnte festgenommen werden. Blutüberströmt wurde W. nach der Rettungswache gebracht. Er trug am Kopf nicht weniger als acht starkblutende Verletzungen, die vom Schlagring verursacht worden sind, auf. Auch im Gesicht und an den Armen war er erheblich verwundet worden. Nach Anlegung von Notverbanden wurde er auf eigenen Wunsch nach seiner Wohnung gebracht. Die Polizei ist den anderen Teilnehmern an dem Raubfall auf der Spur.

In der Frage der „Auslösungsgeldern“ bei Beerdigungen auf anderen als den zugehörigen Gemeindefriedhöfen hat die Gemeindefriedhofverwaltung der Johannes-Evangelistengemeinde kürzlich eine Entscheidung getroffen, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß in dieser Gemeinde ganz besondere Verhältnisse vorliegen, weil zu ihr eine Reihe großer Kliniken gehört. In der letzten Zeit waren die Forderungen der Gemeinde auf Auslösungsgeldern bei der Beerdigung von Personen, die sich nur vorübergehend in den Kliniken aufgehalten hatten, mehr und mehr auf Widerspruch gestoßen. Im Einverständnis mit dem kgl. Konsistorium hat der Gemeindefriedhofrat beschlossen, daß fortan eine Erhebung von Auslösungsgeldern nicht mehr auf Grund der in dem Berliner Hof-Rezept von 1807 anerkannten „Berliner Obsequenz“ stattfinden solle, sondern nur in Fällen, in denen sie nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts gefordert werden können.

Das Revolverattentat bei Wannsee, das in der Nacht vom 19. Mai d. J. etwa 150 Meter vom Wannsee Rathaus entfernt an dem Chauffeur Emil Richter, der in seiner Kometenmaschine einen Berliner Fahrgast nach Potsdam führen sollte, vollführt wurde, beschäftigt jetzt das Potsdamer Landgericht. Der der Tat verdächtige Mechaniker Alwin Jentler aus Leipzig wird in diesen Tagen dem Untersuchungsrichter vorgeführt und mit einigen Personen konfrontiert werden. Jentler leugnet trotz erheblicher Belastungsmomente die Tat. Auch Richter wird zur Mitbestimmung des mutmaßlichen Täters herangezogen werden. Falls Jentler als Täter erkannt wird, soll gegen ihn Anklage wegen versuchten Mordes erhoben werden.

Feuer kam am Freitagnachmittag auf dem städtischen Zentralviehhof zum Ausbruch. Die Gefahr wurde zum Glück gleich bemerkt und die Feuerwehre sofort alarmiert. Als der 7. Zug an der Brandstelle erschien, stand ein Luftschacht in der dortigen Albuminfabrik schon in hellen Flammen. Durch kräftiges Wassergeben gelang es, eine weitere Ausdehnung des Brandes zu verhindern.

In der Treptower Sternwarte spricht Dir. Dr. F. S. Archenhold am Sonntag, den 12. Juli, nachmittags 5 Uhr, über: „Einen Ausflug in die Sternwelt“. Das Thema für den 7. Uhr-Vortrag lautet: „Was muß man von der Astronomie wissen?“ und Montag abends 9 Uhr: „Die Sterne als Wegweiser in fremden Landen“. Die Vorträge finden unter Vorführung von Lichtbildern im Restaurant Jenner, Treptower Chaussee 21 statt. Da für den 5. Uhr-Vortrag schon zahlreiche Besucher angemeldet sind, empfiehlt sich der Besuch der beiden anderen Vorträge. Mit dem großen Fernrohr wird den Besuchern am Tage die Venus, die jetzt auf die Westseite der Sonne gerichtet ist und für das unbewaffnete Auge in den nächsten Monaten als Morgenstern sichtbar ist, und in den Abendstunden der Mond gezeigt.

Ruderregatta. Die diesjährige Regatta des Rudervereins „Vorwärts“ zu Stralau-Verlin findet am Sonntag, den 12. Juli, statt. Beginn der Rennen 12 Uhr mittags. Start: Eisenbahnbrücke Treptow. Ziel: Schwanenberg. Umlage notwendig gewordenen Vorläufe finden um 9 Uhr statt. Die Regatta, zu welcher auch von den Rudervereinen „Kollegia“ Charlottenburg und „Freiheit“ Stralau Mannschaften gemeldet sind, verspricht für alle Freunde des Rudersports und der genannten drei Vereine sehr interessant zu werden. Die Beobachtung geschieht am besten vom „Schwanenberg“ aus.

Die Stargarder Straße von der Schönhauser Allee bis zur Grenze des Asphaltpflasters wird behufs Umpflasterung vom 20. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Feuerwehbericht. Die Berliner Feuerwehre hatte in der letzten Nacht in der Schreinerstr. 49 zu tun, wo ein Hängeboden und eine Badestube mit Japhalt brannten. Die Charlottenburger und Schöneberger Wehre wurden fast gleichzeitig nach der Ausbacher Straße 9, Ecke Weisbergstraße, alarmiert, wo Brennmaterialien in einem Keller in Flammen standen. Gestern früh um 9 Uhr hatte die Schöneberger Wehre in der Rubensstr. 85 zu tun, wo in einer Tischlerei Feuer ausgebrochen war. Ferner liefen noch Alarme aus der Grunewaldstraße 108, Paulstr. 71, Wandlstr. 14, Schröderstr. 12, Cuvrystr. 8 und anderen Stellen ein.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Der paritätische Arbeitsnachweis für das Steinschlaggewerbe ist nunmehr, nachdem die Hinderungsgründe beseitigt sind, am Sonnabend, den 1. Juli, im städtischen Arbeitsnachweis, Charlottenburg, Kirchstraße 5, eröffnet. Die Vermittlungszeit ist auf die Vormittagsstunden von 8 bis 9 1/2 Uhr festgelegt.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den

Pankow.

Die Schulnot, in der sich die Gemeinde befindet, rief in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung eine große Debatte hervor. Zum 1. Oktober 1908 werden sieben neue Klassen notwendig gebraucht. In der ersten, zweiten und vierten Schule sind absolut keine Räume mehr vorhanden. Jetzt schon ist der Unterricht durch die fliegenden Klassen so außerordentlich erschwert, daß unmöglich noch neue Klassen auf diese Weise unterzubringen sind. Außerdem sind zwölf Klassen in der alten Schule in der Weitestraße dem baupolizeilichen Standpunkt so unzureichend, daß das Bauamt eine Verantwortung hierfür nicht übernimmt.

In der vorhergehenden Sitzung wurde schon ein Provisorium vorge schlagen. Das lässliche Grundstück in der Vollaufstraße, das die Gemeinde erworben hat, sollte für Schulzwecke ausgebaut werden mit einem Kostenaufwand von 9000 M. Die Schulkommission hat jedoch diese Räume schulechtlich für unbrauchbar erklärt. Jetzt wird der Vertretung ein neues Projekt unterbreitet. Die ehemals Richter'sche Anstalt am Südring ist für Schulzwecke außerordentlich geeignet. Es ist eine Zentralheizung vorhanden. Die Räume sind 12 zu 6 Quadratmeter groß; eine Turnhalle könnte gut im Erdgeschoß untergebracht werden. Die Kosten des Ausbaues würden 9000 Mark betragen, ohne die innere Einrichtung. Nur werden von der Terraingesellschaft als Miete mindestens 10 000 M. verlangt, eine Forderung, die unannehmbar ist. Die Finanzkommission erklärt sich einverstanden, eine Summe von 3000 M. zu bewilligen.

Da sich dieses Projekt wieder zerfallen hat, schlägt die Schulkommission nun vor, sechs Schulbaracken mit einem Kostenaufwand von 40 000 M. zu bewilligen. Die Erfahrungen aber, die Lehrer sowohl als auch Schüler mit den bereits stehenden Baracken gemacht haben, sind nicht besonders gute, daher kann sich die Gemeindevertretung nur schwer zu dieser Forderung entschließen. Es wird schließlich beschlossen, als Mietspreis für das Richter'sche Grundstück bis zu 5000 M. zu bewilligen und auf dieser Grundlage noch einmal zu verhandeln. Ferner soll versucht werden, durch eine Verteilung der Schüler in den vorhandenen Schulen, die in der neuerbauten Schule an der Straße K noch vorhandenen leeren Klassenräume zu verwenden. Gegen den Vorschlag, einzelne Klassen in Wohnräumen unterzubringen, wendet sich der Baumeister.

Unser Redner vertahrt sich ganz entschieden gegen den letzten Vorschlag, indem er auf die Verhältnisse aufmerksam macht. Die großen Kosten und alle anderen Unannehmlichkeiten sprechen gegen ein solches Vorgehen. Ganz besonders kommt unser Redner auf die interessante Feststellung zurück, daß das Bauamt seine Verantwortung für einen Teil der Klassen in der ersten Schule übernimmt. Redner erinnert an das Gutachten unseres Schularztes vor einigen Jahren, in dem festgestellt wurde, daß verschiedene Klassen absolut nicht den schulechtlichen und hygienischen Anforderungen entsprächen. Bald darauf wurde eine Untersuchung von der Schulbehörde vorgenommen und schließlich mußte Herr Sanitätsrat Dr. Schäfer erklären, daß seine Ausführungen vielfach falsch aufgefaßt seien. Jetzt kommt nun die Feststellung, daß in der Tat die Klassenräume nicht entfernt mehr den Anforderungen der Jetztzeit genügen. Es ist auch nicht weiter verwunderlich, wenn man bedenkt, daß das Gebäude etwa 60 Jahre steht. Jedenfalls wird es höchste Zeit, daß bald andere Schulzustände geschaffen werden.

Bei dem nächsten Punkt der Tagesordnung hatte sich die Vertretung mit einem neuen großen Schulprojekt zu befassen. Aus der vorhergehenden Debatte geht hervor, daß sich Pankow in bezug auf die Schulen in großer Not befindet. Zum 1. Oktober 1908 sind 7 Klassen notwendig. Im Jahre 1909 werden auch nur bei dem gleichen Zuwachs 9 Klassen erforderlich sein; im Jahre 1910 weitere 8 Klassen. Nach dem neuen Schulgesetz, welches uns das Dreiklassenparlament befehlet hat, müssen in Gemeinden, in denen mehr als 120 katholische Schüler vorhanden sind, besondere Klassen errichtet werden. Für Pankow kommen jetzt 280-270 derartige Schüler in Betracht. Nur durch den Umstand, daß bisher keine Räume vorhanden waren, haben sich die Antragsteller mit dem bisherigen Zustande zufrieden gegeben. Hierzu sind weitere 7 Klassen notwendig. Es sind also bis zum Jahre 1910 30 Klassen erforderlich. Das Bauamt unterbreitet nun neun verschiedene Projekte für das große Grundstück, das zwischen der Görlich-, Vollauf- und Reuen Schönholzer Straße liegt. Die höhere Mädchenschule soll in der Görlichstraße, die jetzige höhere Mädchenschule soll in eine Gemeindefürsorge für Mädchen umgebaut werden und daran anschließend eine Anabenschule nach der Vollaufstraße. Die beiden Gemeindefürsorge erhalten eine gemeinsame Aula. Die Turnhallen sollen zu ebener Erde errichtet und durch gedeckte Hallen mit den Gebäuden verbunden werden. Um den gesamten Turnbetrieb aufrecht erhalten zu können, wird notwendig sein, noch eine vierte Halle zu errichten, die dann auch abends an Vereine vermietet werden kann. Die ganze Anlage soll einheitlich gestaltet werden, mit einer gemeinsamen Heizungsanlage. Ferner sind für später eine Badeanstalt mit Schwimmbassin und eine Lesehalle projektiert. Die Kosten sind recht beträchtlich: Die höhere Mädchenschule kostet 700 000 M., die Gemeindefürsorge 610 000 M., die Mädchenschule 335 000 M., Turnhallen 45 000 M. Zusammen also ohne die vierte Turnhalle, Badeanstalt und Lesehalle 1 760 000 M. Es wird beschlossen, das empfohlene Projekt zu genehmigen mit dem Wunsche, recht flott zu bauen, daß möglichst die Gemeindefürsorge am 1. Oktober 1909 in Betrieb genommen werden kann.

Lichtenberg.

Zum Kampf der städtischen Behörden gegen die Arbeiterturner des Ortes, von dem wir in der Nr. 168 unter der Spitzmarke „Zweierlei Maß“ berichteten, wird uns eine Mitteilung gemacht, die das Verhalten dieser Behörden noch unverständlicher macht. Der Vorsitz des Magistrats, nach welchem die Schulkommission es ablehnt, dem Turnverein Lichtenberg zur Abhaltung eines Schauturnens eine städtische Turnhalle zu überlassen, charakterisiert sich mehr als Verhöhnung der Arbeiterturner, als eine erst zu nehmende Antwort auf ein höfliches Ersuchen. Ganz abgesehen von dem mehr als merkwürdigen Gebahren des Magistrats, eine gar nicht bestehende Kommission beschließen zu lassen, ist noch folgende Rücksichtslosigkeit beachtenswert. Am 12. April ersuchen die Turner höflich um Ueberlassung einer Turnhalle zum 24. Mai. Am 2. Juni wird den Turnern mitgeteilt, daß die gar nicht bestehende Kommission die Turnhalle, — obwohl letztere am Sonntag, den 24. Mai, leer gestanden — verweigert. Es ist unglücklich, was die städtische Verwaltung hiesigen Bürgern zu bieten mag.

Grünau.

Beschlunsfähig. Die zu Donnerstag, den 9. d. M., anberaumte Gemeindevertretung, in der unter anderem auch der Neubau einer Leichenhalle beschlossen werden sollte, konnte wegen Beschlunsfähigkeit nicht stattfinden. Der erst vor kurzem gewählte bürgerliche Vertreter der 3. Klasse glänzte gleichfalls durch Abwesenheit.

Der hiesige Arbeitergesangverein „Sangeslust“ veranstaltet am Sonntag, den 12. d. M., im großen Garten des „Jägerhauses“ ein Sommerfest, bestehend aus Musik, Gesang, sportlichen und artistischen Aufführungen. Da der Verein bei Veranstaltungen der organisierten Arbeiterschaft sich stets bereitwillig zur Verfügung stellt hat, ist dem Fest ein reger Besuch seitens der Arbeiterschaft zu wünschen.

Nowawes.

Die hiesigen Gewerkschaften veranstalten am Sonntag, den 12. Juli, in den Lokalen von Max Singer und Ernst Schmidt ihr diesjähriges Sommerfest, bestehend aus Konzert, Auftreten von Volkstümlichkeiten, großer Spezialitäten-Vorstellung und Reigenfahren, ausgeführt von Mitgliedern des Arbeiter-Radsportvereins. Die Genossen werden hiermit besonders auf die Veranstaltung aufmerksam gemacht.

Potsdam.

Ein Jugendgerichtshof ist auch hier eingerichtet worden. Er trat gestern zum ersten Male in Funktion. Amtsrichter Dirschberg, der die Geschäfte des Vormundschaftsrichters führt, führt den Vorsitz.

Verlener Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktbaufen-Direktion. (Großhandel.) Dänenfleisch Ia 63-73 pr. 100 Pfd., Ia 58-69, IIIa 56-58, Bullenfleisch Ia 63-69, IIa 52-57, Rinde, fett 49-59, da mager 39-49, Ferkel 52-60, Bullen, dünne 44-58, Rindfleisch, Doppelfeuer 105-120, Rindfleisch Ia 58-65, IIa 75-85, Rindfleisch ger. gen. 55-63, do. fett 52-57, Hammelfleisch, Rindfleisch 77-80, Hammel Ia 71-74, IIa 63-69, ungar. 0,00, Schafe 56-61, Schweinefleisch 54-61, Rindfleisch Ia 60-65, IIa 0,50 bis 0,50, Rotwild m. Hsch. per Pfd. 0,55-0,57, Damwild 0,00, Wildschwein, per Pfd. 0,30-0,42, Ferkelinge per Pfd. 0,00, Gänse, Ia per Stück 1,50 bis 2,00, dito IIa Stück 0,80-1,40, dito junge, Stück 0,60-1,00, Hamburger Küken, Stück 0,00, Poulets 0,60-0,80, Kapuziner, deutsche, per Stück 0,00, Tauben, junge, per Stück 0,30-0,50, dito alte 0,00, dito Italien. 0,00, Enten, per Hund 0,00, dito per Stück 1,50-2,30, dito Hamburger, per Stück 2,00-2,90, Hühner per Pfd. 0,50-0,62, dito per Stück 2,00-3,50, dito, Hamburg, junge, per Pfd. 0,00, Hechte per 100 Pfd. 84-93, do. matt 72-83, do. groß 0,00, do. groß-mittel 71 bis 72, Bander 0,00, do. klein 0,00, Schleie, unv. 50-65, do. IIa 40-44, do. hoch groß-mittel 0,00, Wlügen 80-84, do. IIa 11-17, do. klein 0,00, Käte, klein 40-45, do. groß 0,00, do. groß-mittel 83, do. unvorl. 0,00, Karper 0,00, Hele, klein 52, Karpausen 0,00, Weiss 0,00, Bunte Köpfe 39-39, do. klein 0,00, do. matt 0,00, Barle 46-53, do. klein 0,00, Röhbar 0,00, Winter-Kleinfisch, pr. 100 Pfd. 0,00, Amerikan. Lachs Ia, p. 100 Pfd. 0,00, do. IIa 0,00, Seelachs, p. 100 Pfd. 10-20, Hühner, Rind, Steige Ia 2-5, do. halbe Riste 0,00, do. Gans, Steige 3-5, halbe Riste 2-3, pom. Schod 1,50-7,00, Säcklinge, dünne, per Maß 4-5, Rind 0,00, Bornholmer 0,73-1,00, Stralunder 5,00-6,00, Spratten, Danziger, Riste 0,00, do. Hügelmaler, 0,00, Käte, groß per Pfd. 1,10-1,50, do. mittelfe 0,90-1,10, klein 0,60-0,90, Perzine per Schod 5,00-9,00, Schellfische, Riste 3,00-5,00, dito 1/2, Riste 2,00-3,00, Sardellen, 1902 er per 100 Pfd. 0,00, 1904er 102, 1906er 102, 1906er 100, Schottische Rolleringe 1905 0,00, largo 40-44, full 38-40, mod. 38-42, deutsche 30-40, Geringe, neue Matjes, per 1/2, Zo. 0,00, Cardinen, russ., Maß 1,50-1,60, Broderlinge Maß 1,20-1,40, do. Hühle (4 Liter) 1,40-1,70, Reunanger, Schod 8, do. kleine 4-5, do. kleinen 10, Rieble per Schod gr. 42-50, do. mittelfe 19-25, do. klein-mittel 13, do. kleine 2-4,50, do. unvorlert 0,00, Golliger, groß 22,50-23,00, do. groß-mittel 10,50 bis 11,50, klein-mittel 4,50-5,50, Vier, Rand, unvorlert per Schod 3,40-3,50, do. große 3,75-4,00, Butter, per 100 Pfd. Ia 117-120, IIa 112-115, IIIa 104-110, abfallende 100-104, Saure Gurken, p. Schod 4,50-5, do. neue 5-7, Pfeffergrün Schod 4,50-5, Kartoffeln, per 100 Pfd. Magdeburger, neue Maie 6-6,50, do. Daberger 4-4,50, do. weiche runde 0,00-0,00, do. mag. bon. 0,00, do. Zerkter 6,00-6,50, Porree, per Schod 0,75-1,25, Meerrettich, per Schod 8-14, Spinn per 100 Pfd. 12-15, Sellerie, grün, per Schod 0,50-1,25, Zwiebeln, per 100 Pfd. 0,00, Petersilie, grün, per Schod 1,00-2,00, Pfefferkörner, per Schod 6,00-7,00, Schmittlauch, Schod 0,50-0,80, Rettich, junger, per 100 Stück 4-5, Kohlraben, Schod 1,50-2,00, do. holländ., per 100 Pfd. 5-6, Radieschen, per Schod 1,1-1,25, Tomaten, ital. per 100 Pfd. 11-14, Salat, Schod 1-2, do. Gutsener 0,00, Kohlrabi, Schod 0,50-1,00, Spargel, 0,00, Karotten, Schod 3-4, Schoten, 50 Pfd. 15-20, Bismingel, Schod 5-8, Weißkohl, per Schod 6-10, Rotkohl, per Schod 8-10, Champignons, per 100 Pfd. 50-100, Steinpilze 0,00, Pfefferlinge, per 50 Pfd. 25,00-30,00, Blumenkohl, Bittauer, p. 100 Stück 10-14, do. Hamburger 12-14, Bohnen, grüne, per 100 Pfd. 17-22, do. Weiß-2-4, do. ung. 0,00, do. ital. 0,00, Kefel in Kisten per 100 Pfd., Kote, 0,00, Trücker 0,00, Kustaller 0-0,0, Kustener, lese, 100 Pfd. 0,00, do. in Körben per 100 Pfd. 0,00, do. in Kisten 0,00, Kustchen, ital., 100 Pfd. 00-00, do. schwarze, 100 Pfd. 0,00, do. Gubener 10-17, do. Werberische 10-17, do. Schellfische 5-12, do. Katten, ung. 20-30, do. ital. 30-35, do. Thüringer 8-12, do. Galt 10-16, do. laure 15-18, Erdbeeren, per 100 Pfd. 0,00, holländische 24-25, Pfeffer per 100 Pfd. 10-25, Weizler 00-00, Walde, Steige 35-60, Bierländer 18-30, Stachelbeeren, unv. holländ., 100 Pfd. 0,00, do. hiesige 100 Pfd. 6-10, Ananas 1, p. Pfd. 0,30-1,00, do. II 0,40-0,50, Bananen, kanar., per 100 Pfd. 10-14, Jamaica 20-25, Feigen, in Kisten 100 Pfd. 0,00, Zitronen, Meßina, 100 Stück 9,00 bis 13,00, do. 360 Stück 8,00-13,00.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, im Fahrstuhl wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Gedruckt 7 Uhr Sonnabend beginnt die Sprechstunde um 8 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Bescheid und eine Zahl als Verzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bitte Fragen rasch man in der Sprechstunde vor.

N. 13. Wenden Sie sich direkt an das Maximeum. — R. 3. 4. 1. Nur wenn Erwerbunfähigkeit nicht mehr vorliegt. 2. Rein. 3. In der Regel ein Viertel bis zur Hälfte des Frankengeldes. — O. 6. 2. 50. Der Beitrag bleibt gültig. Ein einseitiges Rücktrittsrecht gibt es nicht. — G. 1. 110. 1. Der Wit könnte, falls eine Einigung nicht zustande kommt, die Sachen einbehalten und Miete bis zum April verlangen. 2. Spiegel, Spiegelbild und Sola würden für plündbar erachtet werden, auf sie erstreckt sich auch das Zurückbehaltungsrecht des Vermieters. — Charlottenburg 22. Der Damenbesuch und die Duldung desselben ist straflos. Ruppel 124 Str. (G. 2.) liegt nur vor, wenn die Gelegenheit zu unzüchtigen Handlungen gegeben wird. — Winkler. 1. 900 bis 1400 Mark. 2. An die Armenverwaltung, Dammhölzer. — Schwarz 44. Rein. — B. 2. 66. 1. Ja 2. Nein. — G. 39. 1. In fünf Jahren; von jeder richterlichen gegen den Täter gerichteten Handlung ab löst von neuem die Verjährungsfrist. 2. Es ist zweckmäßig, den Antrag unter Angabe der Gründe zu wiederholen. 3. Die Mutter kann Herausgabe verlangen. — A. 57. Klimente sind zu zahlen, falls nicht der betreffende nachweist, daß in der kritischen Zeit noch ein anderer Verkehr geschlossen habe. — G. 2. 33. Verlangen Sie es mit einer Eingabe an das Bezirkskommando. — A. 3. 20. Der Wit ist im Recht. — Esse. Es kann auf Geldstrafe, aber auch auf Gefängnisstrafe erkannt werden. — 2. 14. Wenden Sie sich an das städtische Präsidialbüro, Neue Friedrichstr. 9/10. — 2. 2. R. 19. 1. Wenn Sie die Einwilligung nachweisen, würde der Mann abgewiesen. Sonst ist der Ausgang des Prozesses ein zweifelhafte. 2. Das wäre gleichgültig; in Betracht käme die Kollage der Frau. 3. Rein, aber zweckmäßig. 4. Das erfolgt, sobald Sie dem Richter den Eid über die Einwilligung zusehen. — G. R. 18. Verbinder Strafe. Sie eine Klage der Mutter gegen die Schwägerin hätte Aussicht auf Erfolg. — 2. 2. 1908. 1. Eine Beschwerde gegen das Kuratorium wäre wenig aussichtsreich. 2. Keineswegs braucht ein Antrag zu erscheinen. Dessen, daß die Erben unbekannt seien, ist uns nichts bekannt. Das Armenrecht würde Ihnen nur gewährt werden können, wenn Sie beweisen, daß die Erben unbekannt und Sie erbberechtigt sind. — 3. 2. 1878. Der Vormund ist im Recht. Er ist zur Vorbehaltsgeldnahme berechtigt.

Witterungsübersicht vom 10. Juli 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere homb mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. m. G. m. u. n.	Stationen	Barometere homb mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. m. G. m. u. n.
Schwemde	760	SW	bedeckt	15	24	Daravanda	753	R	2	halb bb.	14
Hamburg	761	SW	4	16	24	Berchsburg	756	SW	1	bedeckt	11
Berlin	761	SW	3	bedeckt	14	Seiffa	756	SW	3	bedeckt	16
Kranz a. R.	765	SW	4	bedeckt	15	Aberdeen	756	ED	2	bedeckt	13
Rügen	766	SW	3	bedeckt	15	Baris	761	SW	2	heiter	17
Sien	762	SW	3	heiter	17						

Weiterprognose für Sonnabend, den 11. Juli 1908.

Zunächst etwas wärmer bei ziemlich lebhaften südwestlichen Winden und wieder zunehmender Bewölkung; nachher Gewitterregen und neue Abkühlung. Berliner Wetterbureau.

Sozialdemokratisch. Wahlverein

des
3. Berliner Reichstagswahlkreises.

Den Genossen zur Kenntnis,
daß unter langjähriger Mitgliedschaft,
der Schriftleiter Genosse

Karl Mühl

am 9. Juli verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Montag, den 13. Juli, nach-
mittags 1/3 Uhr, auf dem
Grunaus-Friedhofe in Nigsdorf
statt.

Um zahlreiche Beteiligung bitten
Der Vorstand.

Blumen- und Kranzbinderi von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Dr. med. Karl Reinhardt's spezial-
ärztliche Institut für Haut-
krankheiten, Potsdamer
Str. 117 (1/2-2, 1/2-9 abds.)
Neanderstr. 12 (1/2-10-11 u. 1/2-1/2-9)
Verlangen Sie im eig. Interesse vor
Beginn einer Kur ausführl. Broschüre
über d. Wert samt abh. Heilmethoden
in deshöflichem Ruwert gratis und
postfrei oder im Institut. 228/18

Grundstück

in Ruhlsdorf bei Teltow, 590
Quadratruhen, ganz oder geteilt zu
verkaufen. Gas, Wasserleitung; Aule
20 M. Offerten unter K. 5 an die
Expediton des „Vorwärts“.